Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingesandt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. V.: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 91 | Dresden, Montag, 20. April | 1925

Marx in Dresden.

Dresden, 18. April.

Die vom Deutsch Republikanischen Reichsbunde am Sonnabend im Zirkus Sarrasani veranstaltete Wählerversammlung wies einen solchen Massenbesuch auf, daß Tausende und Abertausende keinen Einlaß mehr fanden, sondern vor dem Zirkusgebäude warten mußten, zu denen dann später der Präsidentschaftskandidat des Volksblocks

vom Balkon aus

noch sprechen mußte.

Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden der Dresdner Ortsgruppe des Republikanischen Reichsbundes, Ministerialrats Ristau, ergriff sofort, von stürmischem Beifall begrüßt, das Wort

Reichskanzler a. D. Marx,

der etwa folgendes ausführte:

Es handelt sich bei der Wahl um politische Ziele und es ist eine Verkennung der Sachlage, wenn man meint, den Reichspräsidenten am besten aus Kreisen nehmen zu können, die sich, nach ihren eigenen Worten, bisher nicht um Politik gekümmert haben. Das Volk würde einen solchen Irrtum in bedauerlicher Weise spüren müssen, besonders ein Volk wie das deutsche, das nach dem verlorenen Kriege besonders

einer nach politischen Grundsätzen handelnden Leitung

bedarf.

Meine politischen Grundsätze ergeben sich aus meiner Lebensarbeit und aus der Gemeinschaftsarbeit der Parteien, die meine Wahl dem Volke vorschlagen. Als Ziel meiner Politik betrachte ich

die Erhaltung des Reiches und der Reichseinheit.

Das Werk Bismarcks, das nach dem militärischen Zusammenbruch des Jahres 1918 lange Zeit bedroht erschien, soll erhalten und gefestigt werden. Mit großer Entrüstung muß ich es als eine

schamlose Verleumdung

zurückweisen, wenn heute in einem Dresdner rechtsgerichteten Blatt die Behauptung aufgestellt wird, ich sei geneigt, irgendwelchen separatistischen Bestrebungen Vorschub zu leisten. Wir hätten den Weltkrieg und die Errungenschaften von Jahrhunderten erst dann endgültig verloren, wenn wir uns verleiten ließen, in den Fehler zu verfallen, den unsere Vorväter nach dem Dreißigjährigen Kriege machten, nämlich das Einzelrecht über das Recht der Gesamtheit zu stellen. Meine Arbeit gilt der Freimachung Deutschlands nach außen. Soweit meine Kräfte reichen, soll

Deutschland wieder ein freies gleichberechtigtes Volk unter den anderen Völkern

Europas und der Erde sein. Ich vertrete den Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wir wollen die Verpflichtungen, die wir nach dem verlorenen Krieg übernehmen mußten, erfüllen. Soweit unsere Kraft reicht, wollen wir die Last tragen, aber wir wollen auch als gleichberechtigte Nation betrachtet und behandelt werden. Als Volk schätzen wir unsere Ehre, unsere Freiheit nicht geringer als andere Völker ihre Ehre und Freiheit. Ja, als ein Volk, das einen Weltkrieg verloren, haben wir ein Recht, in unserem Ehrgefühl empfindlicher, feinfühliger zu sein als die Siegervölker, für die der Erfolg wirbt und arbeitet.

Wir sind zur offenen Gemeinschaftsarbeit im Völkerbunde bereit,

aber wir können dafür keine Bedingungen anerkennen, die anderen nicht auferlegt werden. Wenn die deutsche Republik sich noch nicht so befestigt hat, wie es wünschenswert ist, dann mögen die westlichen Völker sich einmal überlegen, wieweit sie daran mitschuldig sind, inwieweit sie den Anhängern des alten Staates in die Hände gearbeitet haben. Das möge man besonders in Frankreich beachten.

Wir wollen mit Frankreich in Frieden leben,

dieser Friede kann aber nur bestehen und dauern auf dem Wege gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung.

Meine Arbeit gehört

der Freimachung der Rheinlande,

meiner Heimat. Für dieses Ziel muß das ganze deutsche Volk Opfer bringen. In dieser Beziehung bedaure ich, daß noch immer die Kölner Zone nicht frei ist von fremdländischer Besetzung.

Mein Lebensarbeit gehört der

Wiedererrichtung einer gesunden deutschen Wirtschaft.

Zur Wirtschaft gehören alle Arbeitenden in Deutschland: die Unternehmer, die Arbeitnehmer, die Ingenieure, die Techniker, die Lehrer, die Landwirte, der Mittelstand und alle anderen.

Die deutsche Wirtschaft kann nicht gesunden auf Kosten einer verarmten Arbeitnehmerschaft.

Sie kann auch nicht gesunden durch Erschütterungen der deutschen Unternehmerschaft, beide müssen leben, schaffen und arbeiten. Beide haben Anspruch auf den Schutz des Staates. Der Staat hat auch für eine gute moderne Handelspolitik, für eine moderne Sozialpolitik, für eine wohlerwogene Steuerpolitik zu sorgen, welche die Lasten gerecht verteilt.

Das alles ist nur möglich, wenn ein neuer Gemeinschaftsgeist im deutschen Volke Einzug hält. Wir sind spät, sehr spät, zu spät als einiges Volk in die moderne Geschichte eingetreten, erst dann nämlich, als die westeuropäischen Mächte schon hundert Jahre lang die Welt geführt und beherrscht hatten. Das einige Deutsche Reich haben wir seit 1871. Um die wirklich einige deutsche Nation ringen wir noch heute. Jahrzehntelang hatten wir im Deutschen Reiche ein einiges Haus; aber die Bewohner des Hauses waren nie einig. Jeder Stand kämpfte gegen den anderen. Es fehlte ihnen das Größere, das Umfassendere, der

Sinn für die staatsbewegliche Gemeinschaftsarbeit.

Das war die schwache Stelle in dem Glanze der Vorkriegszeit.

Aus jener Zeit stammt der Schlachtruf der sogenannten „nationalen" Kreise gegen die „Reichsfeinde", gegen die „Internationalen".

Das Wort „national" wurde zu einem volkstrennenden Schlagwort.

Es gibt keine Politik, die für den Staat gefährlicher ist, als wenn er große Teile des Volkes — in diesem Falle sogar die große Mehrheit — als minderwertige Bürger stigmatisiert und behandelt. Das hat noch nie ein Staat auf die Dauer ertragen. Es bleibt die Aufgabe des neuen demokratischen Staates, daß wir das verhängnisvolle Erbe der Volkszerreißung beseitigen. Wir stehen in der Erfüllungszeit dieser Aufgabe. Wir sind weitergekommen auf diesem Gebiete. Wieder einmal erweisen sich die Geschmähten von früher als die Bannerträger einer neuen Zeit.

Was von diesem alten, überholten Gegensatz von „national" und „international" gilt, das gilt auch für den Klassengegensatz. Es wird auch wohl in Zukunft schwer möglich sein, die scheinbaren, großen Interessengegensätze zu beseitigen; was wir aber können, ist ein anderes:

Das staatsbürgerliche Gemeinschaftsgefühl muß stärker empfunden werden als der Gegensatz der Klassen und Stände.

Und noch eine dritte Scheidelinie aus der Vorkriegszeit tragen wir allmählich ab:

die Politisierung des konfessionellen Gegensatzes.

Gewiß, in kulturellen Fragen gibt es Gegensätze, die im engsten Zusammenhang stehen mit den Weltanschauungen der großen Konfessionen. Auch um diese Dinge wird und muß man geistig ringen. Aber dieses Ringen darf nicht mit parteipolitischen Schlagworten geführt werden. Es darf nicht zu einem Werkzeug des politischen Parteikampfes erniedrigt werden.

Der Staat hat die Gewissensfreiheit seiner Bürger zu sichern.

Wir alle sind Glieder einer Nation, Bürger eines Staates. Laßt uns dem Staate und der Nation gemeinsam dienen. Im Dienste an der Nation Einheit, in anderen Fragen Freiheit!

Die ausgezeichneten Errungenschaften der Weimarer Verfassung

erachten wir als besonders geeignet dazu. Wir wollen noch weit mehr als es bisher geschehen ist, auf sie auch andere aufmerksam machen. Wenn die anderen jetzt sagen, sie wollen sich auf den Boden der Verfassung stellen, so erklären wir:

Wir wollen uns mit dem ganzen Herzen auf den Boden der Verfassung stellen!

Dann wird auch Deutschland wieder die Stellung im Konzert der Völker einnehmen, die ihm gebührt.

Langandauernder stürmischer Beifall

belohnte den Redner am Schlusse seiner Ausführungen, worauf die Versammlung das Deutschlandlied anstimmte. Es sprach dann noch kurz der demokratische Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Kastner, dessen Ausführungen in ein dreifaches Hoch auf das deutsche Vaterland ausklangen, das ein begeistertes Echo fand

•

Zu der

vieltausendköpfigen Menge vor dem Zirkus

sprachen Prof. Dr. Kastner und Marx vom Balkon aus, flankiert von fackeltragenden Reichsbannerleuten. Auch hier fanden die klaren Bekenntnisse zur Weimarer Verfassung

wiederholten dauernden Beifall.

In das

Hoch auf die deutsche Republik

das Marx zum Schluß ausbrachte, wurde begeistert eingestimmt. Einige schwache Versuche, diese Versammlung im Freien durch Rufe für Hindenburg zu stören, wurden schnell erstickt.

Zum Schluß begleiteten fackeltragende Reichsbannerleute, die schon zu Beginn mit einem

Wald schwarz-rot-goldener Fahnen

den Präsidentschaftskandidaten des Volksblocks vor dem Zirkus empfangen hatten, das Auto des Kandidaten zur Albertbrücke. Ein schwacher Trupp Kommunisten versuchte die Huldigung vergeblich durch das Singen kommunistischer Lieder zu stören.

•

Marx auf der Wahlreise.

Magdeburg, 19. April.

Heute traf der Reichspräsidentschaftskandidat Marx auf seiner Wahlreise hier ein. Das Reichsbanner bildete auf allen Straßen, durch die Marx fuhr, Spalier. Marx sprach im überfüllten Hofjägersaale unter stürmischem Beifall.

Dessau, 19. April.

Marx hielt heute nachmittag 5 Uhr, von Zerbst kommend, wo er ebenfalls gesprochen hatte, auch in Dessau eine Rede, die siebente am heutigen Tage. Sie fand donnernden Beifall.

Auslandskredit und Kandidatur Hindenburg.

Berlin, 18. April.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages äußerte sich der Reichsaußenminister am Sonnabend über die Eindrücke der Kandidatur Hindenburg im Auslande. Von den republikanischen Parteien war bekanntlich eine derartige Erklärung gefordert worden. Aus dem amtlichen Bericht, der über den Verlauf der Sitzung veröffentlicht wurde, geht hervor, daß die von dem Botschafter in Washington erbetene Äußerung über die Kreditstockung an Deutschland als Folge der Kandidatur Hindenburg noch nicht eingetroffen ist. Es liegt bisher lediglich ein schriftlicher Bericht in Berlin vor, in dem es heißt,

daß die Verhandlungen wegen der Wirtschaftskredite noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, weil man in Amerika zunächst den Ausfall der Präsidentenwahlen abwarten will.

In der Aussprache erklärte Abg. Meyer (Dem.), daß die freiheitlich gesinnten Kreise des Auslandes durch die Aufstellung der Kandidatur Hindenburg zweifellos besonders beunruhigt sein müssen, wenn rechtsstehende Politiker und Zeitungen gleichzeitig immer wieder betonen, die Wahl Hindenburgs solle das Ende der Stresemannschen Verständigungspolitik bedeuten. Der Redner erwähnt zwei Fälle, wo sich die Folgen bereits eingestellt haben.

In dem einen Falle hatte ein deutsches Konsortium einen Kredit von 25 Millionen Mark zugesagt erhalten. Nach der Aufstellung Hindenburgs haben die amerikanischen Geldgeber die Auszahlung bis nach der Präsidentenwahl zurückgestellt,

weil man für den Fall der Wahl Hindenburgs innere Verwickelungen befürchte.

Abg. Hergt findet an diesen Erscheinungen nichts besonderes. Er hält es für ganz natürlich, daß die Geldgeber den Ausgang der Wahl abwarten. Unter stürmischer Heiterkeit erklärt er, daß die Deutschnationalen lediglich die Moral in Deutschland heben wollen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) wies darauf hin, daß die ganze Frage im Ausschuß von den Deutschnationalen aus agitatorischen Zwecken ins Rollen gebracht worden sei. Sie seien

schlechte Hüter der Moral und sollten nur daran denken, wie ihre Presse Ebert beschimpft hat.

Die Presse des Auslandes habe sich gegen Hindenburg gewendet, und das müsse Einfluß auf das Wirtschaftsleben haben. Was nicht deutschnational sei, gelte in Deutschland als landesverräterisch. Stresemann habe sich gegen Geßler als Reichspräsident gewandt. Hermann Müller fragt dann, weshalb diese Gründe, die für Stresemann gegen Geßler ausschlaggebend waren, nicht auch gegen Hindenburg maßgebend seien. Hindenburg sei an seiner Kandidatur sicherlich weniger schuld, als die hinter ihnen stehenden Drahtzieher. Diese Elemente seien gefährlich, weil sie — ähnlich wie Bauer und Nicolai im Kriege — Hindenburg als Schutzschild für die Durchführung ihrer reaktionären Zwecke benutzten.

Dr. Curtius (D. Vp.) betonte, daß die Kreditrestriktionen Amerikas bereits im Februar-März eingetreten seien. In den letzten Tagen seien Kreditabschlüsse von erheblicher Höhe zustande gekommen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann beantwortete hierauf verschiedene Anfragen in vertraulicher Rede.

Abg. Schlack (Ztr.) sagte, daß eine Kandidatur Hindenburgs die Kreditgabe nicht fördere, wogegen dies von der Kandidatur Marx gesagt werden könne.

Abg. Eichhorn (Komm.) pries die Ziele seiner Partei; nur sie könnten eine befriedigende Lösung für das deutsche Volk bringen.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) bedauerte, daß die Rechte auch diesmal wieder für sich allein die nationale Gesinnung in Anspruch nähme und sie damit den anderen bestreite. Dies sei eine unerhörte Beleidigung für die Mehrheit der Bevölkerung. Vom Auslande her gesehen, drehe sich der Kampf allerdings

um Restauration oder Republik,

um Fortsetzung oder Verlassen der bisherigen außenpolitischen Linie. — Damit wurde die politische Aussprache abgeschlossen.

Der Ausschuß vertagte sich bis zum 29. April.

Die Arbeiter der Bayerischen Volkspartei erneut für Marx.

München, 19. April.

Maßgebende Mitglieder der Bayerischen Volkspartei aus dem Arbeiterstande befaßten sich am Sonnabend in einer mehrstündigen Sitzung mit der Reichspräsidentenwahl. Alle Bezirke, in denen die Partei Anhang besitzt, waren vertreten. Die Hauptdebatte galt der Schreibweise des Organs „Der Arbeiter", der schon vor acht Tagen für die Kandidatur Marx eingetreten ist. Einstimmig wurde beschlossen:

Die Konferenz erklärt sich mit der Haltung des Verbandsorgans der katholischen Arbeitervereine, insbesondere mit dem Artikel des „Arbeiters" vom 16. April in der Frage der Reichspräsidentenwahl restlos einverstanden.

*

Hindenburg zu einem Vertreter des Bureaus Reuter.

London, 20. April.

Der Berliner Vertreter des Reuterbureaus richtete an Hindenburg eine Reihe von Fragen, worauf Hindenburg erklärte, er sei bereit, den vorgeschriebenen Eid, wonach der Reichspräsident gemäß der Verfassung handeln, die Reichsgesetze schützen, gewissenhaft die Pflichten erfüllen und jedermann Gerechtigkeit zuteil lassen werden will, zu leisten. Denn sonst hätte er nicht das Recht gehabt, sich als Kandidat aufstellen zu lassen.

Die Frage: Republik oder Monarchie? stehe gegenwärtig in der deutschen Politik nirgends zur Erörterung. Persönliche Wünsche seien daher unnütz.

Die Sicherheitsfrage sei gegenwärtig Gegenstand internationaler Erörterungen. Daher könne er sich

nicht persönlich in solche Fragen einmischen,

mit denen sich an erster Stelle die betreffenden Regierungen beschäftigen müßten. Natürlich verfolge er diese wichtige Erörterung mit besonderer Aufmerksamkeit. Er teile mit allen anderen Deutschen, ohne Unterschied der Partei, die Ansicht, daß

die gegenwärtigen Grenzen im Osten zugunsten Deutschlands geändert werden müßten.

Aber um den Frieden nicht zu gefährden, müsse diese Frage durch Verhandlungen geregelt werden. Der Versailler Vertrag sei für uns bindend, bis er durch ein neues Abkommen zwischen den Vertragsparteien geändert werde.

Die Beachtung militärischer Vorschriften des Vertrages sei natürlich ein Teil der Erfüllung des Vertrages.

Er habe bereits in der Osterbotschaft an das deutsche Volk gesagt, daß er dem inneren und äußeren Frieden zu dienen wünsche. Er teile durchaus die Ansicht, daß Deutschland nur von einer friedlichen Entwicklung im Innern und im Auslande gewinnen könne und daß es

Torheit wäre, wenn sich Deutschland in kriegerische Abenteuer einließe.

Während der ganzen Nachkriegszeit habe er immer gegen kriegerische Abenteuer gesprochen, weil sie nur unheilvoll enden könnten. Seine Ansicht als militärischer Sachverständiger sei, daß

Deutschland nicht imstande sei, sich auch nur gegen einen kleinen Nachbarstaat zu verteidigen.

Denn auch Staaten, wie Polen und die Tschechoslowakei, besäßen viel größere stehende Heere als Deutschland und würden durch militärische Bündnisse gestützt, sodaß wir in jedem Falle einer Macht gegenüberständen, deren Rüstung viel stärker ist, als die unserige.

Hindenburgs Kandidatenrede.

Hannover, 19. April.

Vor zahlreichen Vertretern politischer und wirtschaftlicher Verbände und der deutschen und ausländischen Zeitungen hielt Präsidentschaftskandidat Generalfeldmarschall v. Hindenburg heute abend eine Rede über die politische Lage und die politischen Ziele des Reichsblocks. Er führte dabei u. a. aus:

Persönliche Angriffe auch der gehässigsten Art lassen mich ganz kalt, denn ich baue auf das Gerechtigkeitsgefühl meiner Landsleute. Die Tatsache, daß sich Parteien und Verbände, die nicht über alle Ziele der täglichen Kleinarbeit übereinstimmen, zu gemeinsamem Wirken zusammengefunden haben, ist mir ein Beweis dafür, daß es in Deutschland wieder vorwärts geht. Deutschland hat in schwerer Stunde bewiesen, was es durch Einigkeit zu erreichen vermag. Mir ist das Glück beschieden gewesen, mit einem einigen Volk den Feind von unseren Grenzen fernzuhalten. Der schönste Abschluß meines Lebens wäre es gewesen, wenn ich noch sehen dürfte, daß wir uns wieder

mit der gleichen Einigkeit in friedlicher Arbeit am Wiederaufbau zusammenfänden,

die uns einst beseelt hat. Ich bitte, die zahlreichen Vertreter der ausländischen Presse, die Bedeutung des Willens zur Einigkeit, die nichts mit Parteipolitik zu tun hat, sondern dem gesunden Nationalgefühl unseres Volkes entspricht, nicht gering zu achten.

Ich habe zunächst schwere persönliche Bedenken gegen die Annahme der Kandidatur gehabt.

Der Appell an mein Pflichtgefühl hat diese Bedenken überwunden.

Nachdem ich einmal die Kandidatur übernommen habe, ist es mein Wille, für den Fall meiner Wahl meine ganze Kraft für das Wohl Deutschlands einzusetzen. Ich würde auch als Reichspräsident nur die Pflicht kennen,

auf der einmal gegebenen Grundlage der Verfassung und der heutigen Stellung Deutschlands in der Welt das Beste für mein Vaterland zu erstreben.

Rücksichten auf irgendwelche Parteien oder ungesetzliche Sonderinteressen würde ich nicht kennen.

Anders darf auch der Staat nicht denken. Seine vornehmste Aufgabe muß es immer bleiben, das Wohl derjenigen Volkskreise im Auge zu behalten, die am schwersten unter der Not der Zeit leiden. Jeder Arbeit muß ihr gesetzlicher Lohn werden. Wenn alle Sorgen und Lasten gerecht auf alle Schultern verteilt sind, wird sich hierauf gegenseitiges Vertrauen aufbauen. Nur so kann man

zum sozialen Frieden

gelangen.

Erwarten Sie von mir nicht das Programm eines Parteimannes, der sich mit politischen Streitfragen auseinandersetzt. Weit wichtiger ist es, dem deutschen Volke wieder die Grundlage wirtschaftlicher und politischer Lebensfähigkeit zu verschaffen.

Ohne die

Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt

ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Vertrauen wird nur der gewinnen, der sich selbst vertraut. Es wird noch langer und schwerer Arbeit bedürfen, ehe unser ganzes Volk wieder zum Bewußtsein der höchsten Werte einer Nation erwacht. Die beklagenswerten Erscheinungen der letzten Monate waren in hohem Maße geeignet, den Glauben an Deutschlands Ehrlichkeit und Treue zu erschüttern. Wir haben heute die Pflicht, unser gesamtes öffentliches Leben und unsere praktischen politischen Ziele so einzustellen, daß unser aufrichtiges Streben

nach friedlicher Erneuerung unseres Vaterlandes und friedlicher Mitarbeit am Fortschritt der Welt

sich durchsetzen kann. Hierin liegt eine wichtige Grundlage deutscher Außenpolitik. Nichts kann diesen friedlichen Zielen mehr schaden als

das verlogene Geschrei von einer drohenden militaristischen Reaktion

in Deutschland, die sich in meiner Kandidatur angeblich ausprägen soll. Ich betone hier mit aller Deutlichkeit, daß ich nichts anderes erstrebe, als was die Gegner meiner Kandidatur für sich allein in Anspruch nehmen, nämlich

dem deutschen Volk in voller Souveränität und in voller Freiheit seinen Platz unter den anderen Völkern zu sichern.

Um dieses zu erreichen, muß aber baldigst die schwere Anschuldigung unserer Verantwortung für den Weltkrieg fallen.

Das sind die Gedanken, die mich leiten, und darum werden Sie mir glauben, wenn ich Ihnen versichere, daß all

das Geschwätz vom verfassungswidrigen Vorgehen, das ich beabsichtigen soll, von sogenannten reaktionären und sonstigen gefährlichen Bestrebungen unsinnig ist.

Unbeirrt durch Tagesmeinungen und persönliche Angriffe würde ich im Falle meiner Wahl mit Sachlichkeit dahin wirken, daß unserem Vaterlande, das wir in seinem Unglück um so heißer lieben müssen, eine glückliche Zukunft beschieden sein möge. Wird dieses Ziel erreicht, so wäre das der schönste Dank an all die Helden, die einst im festen Glauben an Deutschlands Größe ihr Leben hingaben oder ihre Gesundheit opferten.

*

Die Versammlung war aus allen Teilen Deutschlands stark besucht. Staatsminister a. D. Löbell richtete an den Feldmarschall Worte tiefempfundenen Dankes für das schwere Opfer, das er durch Übernahme der Kandidatur für die Reichspräsidentschaftswahl auf sich genommen habe. Die Rede des Generalfeldmarschalls selbst war fast ununterbrochen vom Beifall begleitet, der stellenweise stürmischen Charakter annahm. Nachdem er geendet hatte, nahmen der Reihe nach Vertreter der im Reichsblock vereinigten Parteien das Wort. Zum Schlusse dankte Generalfeldmarschall v. Hindenburg für die Beweise der Treue, die ihm entgegengebracht worden seien. Er werde sich bemühen, das alles zu erwidern. Treue um Treue, Vertrauen gegen Vertrauen und vorwärts mit Gott für das deutsche Vaterland!

Hindenburg an die deutschnationalen Arbeitervertreter.

Hannover, 18. April.

Hindenburg empfing heute zwölf deutschnationale Arbeitervertreter, darunter waren Frau Dr. Behm, Baltrusch, Lambach, Behrens, Hartwig, Wischnowski.

Herr Baltrusch begrüßte den Marschall, dankte ihm für die Übernahme der Kandidatur und erklärte, die Arbeiterschaft entsinne sich insbesondere, wie der Feldmarschall selbst sich seinerzeit persönlich für den Schlichtungsgedanken eingesetzt hätte und damit zu einer friedlichen Regelung sozialer Fragen beigetragen habe.

Hindenburg antwortete u. a.:

Wir können nur sozial vorwärtskommen, wenn alle werktätigen Glieder der Nation ehrlich zusammenarbeiten. Was ich in diesem Sinne tun kann, will ich tun. Ich bin der Mann, energisch meinen Willen mit Gottes Hilfe durchzusetzen.

Es wäre gut, wenn wir jetzt endlich die Begriffe national und sozial in enger Verbundenheit erleben könnten. Hindenburg wünschte dann den deutschen Arbeitnehmern einen glücklichen Aufstieg und eine Besserung ihrer Lebensbedingungen im Rahmen zunehmenden Arbeitsertrages.

Im Anschluß hieran fand eine Aussprache über handelspolitische und landwirtschaftliche Fragen statt. Unter anderem wurde auch über die Sparfrage gesprochen. Zum Schluß überbrachte ein Vertreter des besetzten Gebiets die Grüße und den Dank aus der deutschnationalen Arbeitnehmerschaft aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 19. April.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt zu dem Empfang:

Die schwerindustrielle „Telegraphen-Union" verbreitet über die Unterredung einen längeren Bericht, der schon fertiggestellt und den „nationalen" Korrespondenzen übergeben war, bevor die Besprechung überhaupt stattgefunden hatte. . . .

Das Schönste aber ist, daß Hindenburg am 17. Februar 1918 als Oberster Heeresleiter an den Reichskanzler einen Brief richtete, in dem er sich

gegen jeden Streik wandte, in ultimativer Form die Ablehnung aller Streikforderungen verlangte und sich gegen die freien Gewerkschaften für die gelben Organisationen einsetzte.

*

Wählerlisten einsehen!

Berlin, 18. April.

Wahlberechtigt beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist nur, wer in seinen Wohnorte in die Stimmliste eingetragen ist oder einen Stimmschein besitzt. Die Stimmlisten werden in diesen Tagen zur allgemeinen Einsicht ausgelegt, und zwar mindestens am 21. und 22. April. Mit der Auslegung

Der wichtigste Fund von Ur.

Das Denkmal des Turm-Erbauers.

Bei den Ausgrabungen, die von einer gemeinschaftlichen englisch amerikanischen Expedition an der Stätte des alten Ur in Chaldäa vorgenommen werden, hat man jetzt einen Fund ans Licht befördert, welcher der wichtigste bisher überhaupt gemachte ist. Wie der Leiter der Grabungen C. Leonard Woolley in den „Times" mitteilt, ist es ein 5 Fuß breites und etwa 15 Fuß hohes Denkmal, eine Stele, die auf beiden Seiten mit einer Reihe von geschichtlichen und symbolischen Reliefbildern bedeckt ist, die mit horizontalen Reihen von ungleichen Höhen angeordnet sind. Das Monument trug eine lange Inschrift, die aber nur fragmentarisch erhalten ist und auf der der Name des Königs fehlt. Glücklicherweise aber fand sich auf einem Steinstück, das die Gewanddraperie einer sonst verlorenen Figur zeigt, der Name von Ur-Engur eingemeißelt, und so konnte der Schöpfer dieses Denkmals als der Begründer der 3. Dynastie und als der Erbauer des großen Turms von Ur, der berühmten Ziggurat, festgestellt werden. Die Trümmer, die von den Ausgräbern Stück für Stück unter den Mauern des Tempels von Nin-Gal, der Gemahlin des Mondgottes, hervorgeholt wurden, bilden nur Teile des ganzen Denkmals. Keines der in den Inschriften überlieferten Verzeichnisse ist vollständig, viele sind völlig verschwunden, von den meisten sind nur unzusammenhängende Stücke vorhanden. Aber im Ganzen ist diese Stele neben der berühmten Geier-Stele des Louvres der kostbarste Überrest sumerischer Kunst, der bisher bekannt geworden ist. Die Reliefs schildern die Sorge König Ur Engurs für sein Volk, wie sie sich in der Anlegung von Kanälen zur Bewässerung des Landes zeigt, und seine Frömmigkeit, die sich in dem Bau der großen Ziggurat von Ur, der Wohnung des Mondgottes, offenbart. Was von der Inschrift erhalten ist, beschränkt sich hauptsächlich auf eine Liste der Kanäle, die von dem Herrscher angelegt wurden, und diese seine Leistung ist in einer sehr merkwürdigen Szene über dem obersten Register des Denkmals veranschaulicht. Der König steht in einer anbetenden Haltung vor der sitzenden Gestalt des Gottes, und über seinem Haupte befindet sich ein Engel, der vom Himmel herniederfliegt und in seinem ausgestreckten Armen ein Gefäß hält, aus dem sich Wasserströme über die Erde ergießen. Diese Szene, die auf beiden Seiten der Stele erscheint, scheint verschiedene Male auf der Liste wiederholt worden zu sein, wobei vielleicht immer ein Engel jeden der Hauptkanäle versinnbildlichen sollte. Jedenfalls ist diese ganze Darstellung für uns vollkommen neu, und die wundervolle Gestalt des Engels ist einzigartig in der mesopotamischen Kunst.

Andere Reliefbilder enthalten Opferszenen, so z. B. zeigt eine zwei Männer, die einen Stier auf ihrem Rücken tragen, sowie einen dritten, der den Kopf eines Geißbockes abgeschnitten und, während er den Körper in seinen Armen hält, das Blut vom Halse auf eine kleinere Gestalt, wahrscheinlich die eines Gottes, träufeln läßt. Andere Opfernde gießen Wasser vor einem pfeilerähnlichen Altar aus. Auf einem anderen Relief schlagen zwei Männer lustig eine große Trommel, auf einem dritten sieht man eine Reihe von Gefangenen, wahrscheinlich die Verherrlichung eines Sieges von Ur-Engur. Am interessantesten aber sind die Bilder, die den Bau des großen Turmes darstellen. In der obersten Szene dieser Abteilung des Denkmals sieht man den Mondgott Nannar, der auf seinem Throne sitzt und das Opfer des Herrschers empfängt, der Wasser in eine mit Palmblättern verzierte schlanke Vase gießt. Auf der linken Seite, dieser Darstellung entsprechend, sitzt die Gattin des Mondgottes Nin-Gal, und der Herrscher bringt ihr dasselbe Opfer dar. Beide Male steht hinter dem König eine Göttin, die ihm bei dem Opfer hilft. Nannar hält in seiner linken Hand eine Spitzhacke, und in seiner ausgestreckten rechten Hand hat er Meßstab und Meßschnur des Baumeisters. Ur-Engur empfängt so in einer Vision von dem Gott selbst den Befehl, ihm ein Haus zu bauen. In einem anderen nur fragmentarisch erhaltenen Relief führt einer der kleineren Götter den König vor Nannar, der dem Mondgott seine Bereitwilligkeit zur Errichtung des Tempels erklärt. Der Herrscher trägt auf seiner Schulter Spitzhacke und Korb, Zirkel, eine Maurerkelle aus Holz und den Löffel für den Mörtel, wie wenn er selbst den ersten Stein für das Werk legen wollte. Hinter ihm kommt ein glattrasierter Priester, der dem König die ungewohnte Last tragen hilft. In der Reihe darunter war der Bau der Ziggurat selbst dargestellt. Man sieht auf einem Fragment die Mauer des Turms, gegen die Leitern gelehnt sind, auf denen Menschen auf ihren Köpfen Körbe mit Mörtel emportragen. Die Oberfläche des Steins ist in all diesen Fragmenten vortrefflich erhalten, und die Kunst des unbekannten Meisters, der ums Jahr 2300 v. Chr. dies großartige Werk schuf, kommt in überwältigender Weise zur Geltung. Dieses schönste Kunstwerk der chaldäischen Kunst gibt uns so einen Bilderbericht über die Erbauung des großen Turms von Ur, des mächtigsten Baudenkmals aus der Frühzeit von Mesopotamien, und ein zeitgenössisches Bildnis des mächtigen Herrschers, der den Turm baute.

„Deutscher Humor".

Die gestrige zehnte Morgenfeier im Schauspielhaus brachte in einem Programm älteren deutschen Humors aus Dichtung und Musik manche erhaltenswerte Ausgrabung. So übt Peter Cornelius' Terzett „Der Tod des Verräters", die übermütige Parodie auf die italienische Oper alten Stils, heute immer noch eine gewisse Wirkung auf die Lachmuskeln des Zuhörers aus, wenn auch der Gegenstand der Persiflierung längst nicht mehr aktuell ist. Die endlos wiederholte, in allen möglichen Variationen unermüdlich abgewandelte Versicherung des chrysanthemengeschmückten Verschwörertrios (Baß, Tenor und Bariton): „Wir sterben den Tod des Verräters!" gibt allerlei Gelegenheit zu Ulk, von der die Herren Adolf Schöpflin, Karl Jank-Hoffmann und Josef Correck (mit Ausnahme des letzteren) allerdings etwas maßvoll Gebrauch machten. Die Sächelchen, die Hans Rüdiger sang, interessierten zum Teil aus musikhistorischen Gründen: so „Der Philosoph und die Wanze" (Text und angeblich auch die Singweis von Hans Sachs), Claudius' „Kluge Henne" mit der Komposition des Dichters und Musikers Christian Daniel Schubart und vor allem Carl Maria von Webers „Reigen", in dem ein köstlich-frischer, derberhafter Volkston aufklingt. Höchst harmloses Gewächs sind die von Hans Rüdiger bearbeiteten „Deutschen Volkslieder", die Arthur Chitz, der Begleiter des musikalischen Teiles dieser Morgenfeier, für eine Singstimme mit Klavierbegleitung gesetzt hat. Mozarts „Dorfmusikanten-Sextett" hat man schon in lustigerer Aufmachung gehört; der musikalische Humor — der hier nicht nur im falschen Spiel der Musikanten, sondern auch im hahnebüchenen Dilettantismus der karikierten Komposition liegt — kam in dem gepflegten Spiel nicht recht zum Ausdruck; unbeschadet der eingelegten Kartenpartie, zu der sich die beiden streckenweise feiernden Hornisten zusammenfinden.

Alfred Meyer ergötzte seine Gemeinde mit Hans Sachs' „Schlaraffenland" und alten deutschen Schwänken, vor allem aber mit Chamissos „Mäßigung und Mäßigkeit", einer Glanznummer seines realistischen Repertoires. Von Gellert und Lessing führte Alexander Wierths elegante Rezitation über Wilhelm Busch zu Christian Morgenstern. In den beiden letzteren Fällen handelt es sich freilich um Dinge, die nur durch eine ausgesprochene Groteskkunst des Vortrags völlig auszuschöpfen sind, wo Ton und Inhalt einander decken. Sehr nahe kam diesem Rezitationsideal Erich Ponto mit der „Eröffnung des van der Kabelschen Testaments" aus den „Flegeljahren",

SLUB
Wir führen Wissen.

Öffentlichkeit, der Parlamente für unsere Lage, für unsere Forderungen und Hinweise.

Anschließend an die Ausführungen des Vorsitzenden sprach Rechtsanwalt Lammers, Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, M. d. R., Berlin, über

Volk und Wirtschaft.

Seine Rede gipfelte in der Mahnung, daß die Politik die Entschließungen der Wirtschaftskreise nicht beeinflussen dürfe. Vor allen Dingen müsse die Jugend von dem Parteileben, an dem sie leider jetzt sowohl in rechts- wie linksgerichteten Organisationen rege Betätigung finde, ferngehalten werden. Es sei ein Verbrechen, den Idealismus der Jugend in den Dienst von Bestrebungen zu stellen, über die sie sich infolge ihrer Unreife kein selbständiges Urteil bilden könne. Dem Volksganzen würde viel mehr damit gedient sein, wenn sich die Jugend mit ganzer Kraft ihrer wissenschaftlichen oder ihrer Fachbildung widmen würde. Erstrebenswert sei der Zusammenschluß aller Glieder des Volkskörpers zum gemeinsamen Wiederaufbau der Wirtschaft ohne die jetzt herrschende parteipolitische Zersetzung. Besonders sei auch das Zusammengehen der Industrie mit der Landwirtschaft wünschenswert.

Dr. Rudolf Schneider, Mitglied des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller, M. d. R. und M. d. L., Dresden, sprach dann über

Handelspolitik und Exportförderung.

Er erörterte in längeren Ausführungen die Frage der kleinen Zolltarifvorlage und besprach im einzelnen die Handelsverträge, die Deutschland in letzter Zeit abgeschlossen hat, oder die es noch abzuschließen beabsichtigt. Besonders bedauerte er, daß der deutsch-spanische Handelsvertrag im Ausschuß des Reichstages abgelehnt worden ist. Die Bedeutung der Frage der Ausfuhrnotwendigkeit wurde von Dr. Schneider unterstrichen. Zur Steigerung der Ausfuhr wird Deutschland gezwungen durch seine passive Handelsbilanz, durch die Bedingungen des Dawesabkommens, durch die Wirkung der deutschen Gebietsverluste „und durch die Steigerung der Löhne. Als Wege zur Ausfuhrmöglichkeit bezeichnete er die Senkung der Produktionskosten und der Steuern. Jetzt beträgt der Export Deutschlands nur halb so viel als im Frieden, die finanziellen Lasten, die auf Deutschland ruhen, sind also gewachsen, infolgedessen kann die Rettung Deutschlands nur in der Erhöhung der Ausfuhr liegen.

Nach dem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die allgemeine Versammlung geschlossen. Bei dem folgenden gemeinsamen Essen ergriff nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Fabrikbesitzer Moras, und dem Willkommengruß des Fabrikdirektors Lehnig der Wirtschaftsminister Müller das Wort. Er dankte im Namen der Reichs- und Landesbehörden und überbrachte die Grüße des Reichswirtschaftsministers. In seinen Ausführungen versicherte er den Verband des Interesses der sächsischen Regierung an der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit den Fremdstaaten. Die sächsische Regierung habe zu den Handelsvertragsverhandlungen eigene Vertreter entsandt, um im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaftsinteressen die besonderen Interessen der sächsischen Industrie zu wahren. Weitere Reden hielten noch Geh. Bergrat Dr. Hilger, Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, und Bankier Maron, als Vertreter des Verbandes Deutscher Privatbankiers. Vorträge von Mitgliedern der Staatsoper und des Residenztheaters gaben der Feier einen hübschen Abschluß.

Dresdner Kurse vom 18. April

Deutsche Staatspapiere.

	Ablös. Anl. d. D. Reichs 1—5 Doll.	—S.	100 bz
	desgl. 4% 10—1000 Doll.		94,75 bz
	Dt. Doll.-Sch.-Anw.		99,75 G
a.	Deutsche Reichsanleihe	5	0,77 bG
a.	desgl. desgl.	3½	0,89 bz
a.	desgl. desgl.	4	0,665 G
a.	desgl. desgl.	3	0,63 bG
1/7	Deutsche IV.—V. Reichs-Sch. 1914	4½	0,58 bz
1/7	desgl. VI.—IX. desgl.	4½	0,55 G
1/7	Deutsche Schutzgebiets-Anleihe	4	4 G
	Deutsche Spar-Prämien-Anleihe	0	0,355 bz
a.	Sächsische Rente	3	0,70 G
1/6	desgl. Staatsanl. v. 1908 à 1500 M.	3½	0,90 G
3/9	desgl. desgl. (Reichsschuld)	4	0,35 G
3/9	desgl. desgl. (Landesschuld)	4	0,40 G
	desgl. desgl. vom 1./1. 23	8	0,01 G
1/7	Löbau-Zittauer Eisenb.-Akt. à 300 M.	3½	1,90 bz
1/7	desgl. desgl. à 75 M.	4	1,90 G
1/7	Landeskulturrente à 6000 M.	3½	6,80 G
1/7	desgl. à 30000 u. 10000 M.	4	—
a.	Preuß. kons. Anleihe	3	0,73 G
a.	desgl. desgl.	3½	0,71 G
a.	desgl. desgl.	4	0,71 G

Verschiedene Anleihen.

1/7	Weißeritztalsperre	4	8 G
1/7	Dresdner Handelskammer	4	9 G
1/7	Dresdner Lager-Anleihe	4	8 G

Stadt-Anleihen.

4/10	Dresdner Stadtschuldscheine v. 1905	3½	4,5 G
1/7	desgl. desgl. v. 1918	4	1,9 G
4/10	desgl. desgl. v. 1919	4½	300 T. 1.19011.
1/7	desgl. desgl. v. 1922	8	—
1/7	desgl. desgl. v. 1923	5—18	12 G f. 1.19011.
3/9	Bautzen 1923	11	—
3/9	desgl.	5—20	—
1/7	Buchholz 1908	4	—
	Chemnitz	3½	4,95 G
	desgl.	4	4,95 G
4/10	Leipzig 1923	8	—
1/7	Plauen i. V. 1908	4½	5 G
1/7	desgl. 1892	3	5 G
1/7	desgl. 1897	4	5 G
1/7	desgl. 1903	4	5 G
1/7	desgl. 1910	4	5 G
1/12	desgl. 1923	4	—
1/1	Zwickau	5—20	0,65 G

Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe.

a	Grundr. u. Hypoth.-Anst. Dr. Pfdbr.		
	Reihe I—IV, VI	4	5,35 G
	desgl. VII—X	3½ 4	5,35 G
a.	desgl. XI	4	1,5 G
a.	desgl. Grundrentenbr. Reihe I—III	4	5 G
4/10	desgl. desgl. desgl. IV	4	1,25 bz
a	Kreditanst. Sächs. Gem. Kom.		
	Kreditbriefe Ser. I/II	4	5,35 bG
a	desgl. desgl. III	4	2,5 G
a.	desgl. desgl. IV/V	4	0,20 G
4/10	desgl. desgl. VI	8/18	—
1/7	desgl. Kom. Pfandbr. Reihe 1	4	0,50 G
4/10	Landw. Pfandbriefe	3	15,75 G
a.	desgl. desgl.	3½	15,75 G
a.	desgl. desgl.	4	1,2 G
1/7	desgl. Kreditbriefe	3	9 bG
1/7	desgl. desgl.	3½	9,8 bz
a.	desgl. desgl.	4	0,09 G
1/7	desgl. desgl.	7	—
1/7	Lausitzer Pfandbr. Ser. II, IV	3, 3½	7,05 G
1/7	desgl. Kreditbr. bgl. V	3½	4,9 G
1/7	desgl. desgl. bgl. VI	4	3,9 G
1/7	desgl. desgl. bgl. VII	4	1,25 G
a.	Leipz. Hyp.-Bk. Serie B, C, D, E, F, VII—XVI	3½, 3½, 4	5,5 G
1/7	desgl. Serie XVII	4	—
1/7	desgl. Serie XVIII	12	—
a.	Mitteld. Bodenkr. Pfandbr. I, IV, VI, VII	3½ 4	5,7 G
	desgl. Grundrbr. R. I—VI	3, 3½, 4, 4½	3,85 G
1/7	desgl. Kommunalobilg.	6	—
a.	Preuß. Centr. Bod. 1899, 1901, 02	4	6 G
1/7	desgl. desgl. bgl. K. O. 1901/12	4	2,95 G
a.	Sächs. Bodencreditanstalt		
	Hyp.-Pfandbr. Serie 1—11	3½, 3½, 4	5,35 G
4/10	desgl. desgl. desgl. 12	4	3,7 bG
4/10	desgl. desgl. desgl. 13	4	0,6 G
4/10	desgl. desgl. desgl. 14	4	0,185 G
4/10	desgl. desgl. desgl. 14 a	4	0,10 bG
1/7	desgl. Kom.-Oblig. Serie 1	4	—
1/7	desgl. desgl. bgl. 2	4	—
1/7	desgl. desgl. bgl. 3	4	—
1/7	Sächs. Erbl. Serie 19a, 20a	3, 4	—
1/7	desgl.	3½	19,5 bG
1/7	desgl. Serie 21a	4	16,3 G
1/7	desgl. bgl. 22	4	3,15 G

Wertbeständige Anleihen.

	Sächs. Braunkohlen I/II	5	2,25 G
	desgl. III	5	2,25 G
	desgl. IV	5	2,35 G
	Sächs. Roggen-Anleihe	5	7 G
	Dresdner Roggen-Anleihe	5	8 G
	Bautzner Roggen-Anleihe	5	6 G
	Landeskultur-Roggenrentenscheine	5	6,4 G
	Gold Landeskulturrentenscheine	5	87 G
	Goldpfandbr. des landw. Creditv.	5	1,77 G
	Lausitzer Goldpfandbriefe	5	87 G
	Kraftwerk Plauenscher Grund	5	0,94 G
	Sächs. Bodencredit Gold-Hyp.-Pfandbr.	5	88 G
	desgl. desgl. desgl. Reihe 3	8	87,5 G
	Kreditanst. Sächs. Gem. Goldkreditbr.	5	90 G
	Zwickauer Steinkohlenwertanleihe	5	12 G

Wirtschaftskämpfe im März 1925.

Von Dr. **Kucharski.**

Im großen und ganzen zeigen die Wirtschaftskämpfe im Monat März, daß die Arbeitnehmerorganisationen zum Angriff übergehen und zwar mit dem ausgesprochenen Ziel, verloren gegangene Position zurückzugewinnen.

Im Mittelpunkt dieser Kämpfe steht die Bewegung der Eisenbahner. Ihre tariflichen Vereinbarungen, vor allem über Arbeitszeit und Lohnregulierung sind von den in Frage kommenden Eisenbahnergewerkschaften zum 28. Februar 1925 gekündigt worden. Gefordert wurden die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit und ein Zuschlag von 6 Pfg. auf die bestehenden Stundenlöhne. Erst in den letzten Tagen des Monats Februar verhandelte die Reichsbahndirektion über eine Erneuerung des Tarifes, wobei die Forderungen der Eisenbahner abgelehnt wurden. Dann kam es, u. a. in Sachsen zur Arbeitsniederlegung auf den Güterböden, in den Werkstätten und Bahnunterhaltungen. Als schließlich in den weiteren Verhandlungen die Direktion an ihrer ablehnenden Haltung festhielt, griffen die Arbeitsniederlegungen in den ersten Tagen des März weiter um sich. So wurden in Breslau, Görlitz, Erfurt, Berlin, Hannover, Bremen, vor allen Dingen die Güterbahnhöfe stillgelegt. Am 13. März wurde ein Schiedsspruch gefällt, der u. a. eine Erhöhung der Grundlöhne um 3 Pfg vorsah und die bestehende Regelung über die Arbeitszeit bis zum 31. Oktober 1925 verlängerte. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt. Darauf erfolgte die Verbindlichkeitserklärung. Die am Tarifvertrag beteiligten freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Eisenbahnverbände beschlossen infolgedessen Arbeitsaufnahme, die geschlossen erfolgte.

Auch im Rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebiet kam es zu harten Auseinandersetzungen. Im Februar wurde die Frage der Arbeitszeit im Ruhrbergbau durch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch geregelt; im März erfolgte der Abschluß der Verhandlungen über die Löhne. Da die Verhandlungen über die Forderung der Bergarbeiterverbände auf eine 15%ige Erhöhung der Löhne zu keinem Ergebnis führten, kam es zu einem Schiedsspruch, der ab 1. April bis Juli 1925 den Zimmerhauerschichtlohn von 6,10 auf 6,60, den Schichtlohn für Angelernte von 5,65 auf 6,10 M. und den für ungelernte Bergarbeiter von 5,15 auf 5,30 M. festsetzte. Die Bergarbeiterverbände nahmen den Schiedsspruch an und beantragten bei der Ablehnung durch die Zechenbesitzer seine Verbindlicherklärung. In der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahl-Schwerindustrie der Gruppe Nordwest spitzen sich die Verhältnisse wegen der bevorstehenden Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 20. Januar 1925 über Feuerarbeiter weiter zu. Der Streik in der Bielefelder Metallindustrie, der im Februar ausgebrochen ist, fand auch im März noch keinen Abschluß. Dieser Kampf, an dem etwa 20 000 Metallarbeiter beteiligt sind, ist deshalb von besonderem Interesse, weil hier als Kampfziel die Zurückeroberung des Achtstundentages ausgeprägt im Vordergrunde steht. Ein Schiedsspruch des Schlichters vom 20. März bewilligte den Streikenden eine zehnprozentige Lohnaufbesserung, wollte aber die 54stündige Arbeitszeit bis auf weiteres verlängern. Eine vorgenommene Urabstimmung unter den Streikenden ergab die Ablehnung dieses Schiedsspruches mit einer 97%igen Stimmenmehrheit, sodaß der Kampf mit unverminderter Energie weitergeführt wird.

Im Kölner Braunkohlengebiet ist für die erstarkte Machtposition der Gewerkschaften kennzeichnend, daß der im Februar ergangene Schiedsspruch mit seiner wesentlichen Verbesserung der Arbeitszeit nach Ablehnung der Arbeitgeber auf Antrag der Bergarbeiter für verbindlich erklärt wurde. Daneben vermochten auch die Arbeiter in den Rheinisch-westfälischen Brauereien und in der Rheinisch-westfälischen Holzindustrie Schiedssprüche mit beachtlichen Lohnerhöhungen zu erzielen. Auch aus dem Hessen-Nassauischen Wirtschaftsgebiet ist über offene Arbeitskämpfe bedeutenden Umfanges zu berichten. In der Casseler Metallindustrie wurde ein für verbindlich erklärter Lohnschiedsspruch von den Arbeitern mit großer Mehrheit abgelehnt. Infolge eines wegen Lohndifferenzen ausgebrochenen Streiks in einem mittleren Betriebe erfolgte um die Mitte des Monats eine Aussperrung von 6500 Metallarbeitern, die erst Ende des Monats durch eine Vereinbarung beigelegt werden konnte.

Im Berliner Wirtschaftsbezirk bereitet sich ein größerer Konflikt in der Metallindustrie vor. Von den Arbeitern wurden der Rahmentarifvertrag und das Lohnabkommen zum 31. März gekündigt. Die Vorverhandlungen über einen neuen Tarifvertrag gestalteten sich bis jetzt schwierig und künden scharfe Auseinandersetzungen an.

In Bayern kam es im Brauereigewerbe zu offenen Auseinandersetzungen. Nach Ablauf des bestehenden Tarifvertrages am 28. Februar forderten die Arbeiter vor allen Dingen die Einführung der 48stündigen Wochenarbeitszeit. Mit Hilfe eines Schiedsspruches konnte auf dem Lande nach wenigen Tagen eine Einigung erzielt werden, während in München der Kampf zunächst weiterging. Nachdem die christlichen Gewerkschaften aber die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, sahen sich auch die freien Gewerkschaften genötigt, den Kampf auf der ganzen Linie einzustellen. Die 54stündige Arbeitszeit gilt somit weiter in München und die 57stündige auf dem Lande. Dafür wurde der Wochenlohn von 39 auf 42 M. in der Spitze erhöht.

In Hamburg brach Ende März ebenfalls wegen der Arbeitszeit ein umfangreicher Streik in den Verkehrsbetrieben (Hoch- und Straßenbahn, Alster-Reedereien und Autoomnibusverkehr) aus. Mit rund 5800 gegen 400 Stimmen wurde ein Schiedsspruch, der eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde und eine Beibehaltung der bestehenden 54stündigen Arbeitszeit für ein volles Jahr vorsah, abgelehnt und der Streik proklamiert.

Bei den Bauarbeitern scheiterten die Verhandlungen um einen Reichsmanteltarif wiederum an der Frage der Arbeitszeit. Bezirkliche Lohnverhandlungen führten fast überall ohne Streik zu erheblichen Lohnaufbesserungen, so in Berlin, Brandenburg, Königsberg, im Bezirk Bremen, im Freistaat Sachsen, in Schlesien, Westfalen, Siegerland, Baden und in der Pfalz. Die erzielten Lohnerhöhungen bewegen sich zwischen 10 und 15 %. Im Holzgewerbe ist von Bedeutung, daß es für Berlin nach 1½jähriger tarifloser Zeit wieder zu einer tariflichen Regelung gekommen ist. Durch diese wird die 46stündige Arbeitswoche anerkannt, die nach Verständigung mit dem Betriebsrat auf 48 Stunden ausgedehnt werden kann.

Aus den weniger umfangreichen Arbeitskämpfen sind besonders die Kämpfe der Böttcher und Tapezierer hervorzuheben. Die Böttcher erzwangen durch einen Streik, der fünf Wochen dauerte, die Anerkennung ihrer Organisation und erzielten einen Tarifabschluß unter Wahrung des Achtstundentages.

Volkswirtschaft und Handel.

* **Der Ausweis der Reichsbank** vom 15. d. M. zeigt einen weiteren Rückgang der Kapitalanlage der Bank und des Zahlungsmittelumlaufs. Während die Lombardforderungen zur Monatsmitte leicht um 9,6 auf 17 Millionen RM. zunahmen, ermäßigte sich die Wechselanlage um 64,5 auf 1422,5 Millionen RM., die Abnahme wurde durch die Rediskontierung von 34,8 Millionen RM. an öffentliche Stellen und durch Abgabe von 31,3 Millionen RM. an die Rentenbank herbeigeführt; von privater Seite machte sich eine unwesentliche Inanspruchnahme von Wechselkrediten in Höhe von 1,6 Mill. RM. geltend. Die Summe der rediskontierten Wechsel belief sich am 15. d. M. auf 616,5 Mill. RM., das Darlehn bei der Rentenbank auf 36,4 Mill. RM. Der **Banknotenumlauf** verminderte sich in der Berichtswoche um 105,6 auf 2187,7 Millionen, der **Umlauf an Rentenbankscheinen** um 72,5 auf 1484,6 Mill. RM.; insgesamt floß der ansehnliche Betrag von 178,1 Millionen an papiernen Geldzeichen in die Reichsbank zurück. Ihre Bestände an Rentenbankscheinen erhöhten sich durch diese Zugänge auf 426,7 Mill. RM. Die Zahlungsmittelrückflüsse führten zu einer Steigerung der fremden Gelder um 126,7 auf 850,6 Mill. RM., die Eingänge betrafen zum größeren Teil öffentliche Gelder. Die Gold- und Deckungsdevisenbestände änderten sich nicht nennenswert. Die Notendeckung durch Gold besserte sich infolge Abnahme des Notenumlaufs von 43,8 auf 45,9 %, die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen von 58,3 auf 61,2 %. Die Scheidemünzenbestände verringerten sich um 0,5 auf 63,7 Mill. RM.

* **Die Verhandlungen zur Bildung eines Walzdrahtverbandes** sind am 15., 16. und 17. d. M. in Essen fortgesetzt worden und haben, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung" erfährt, einen günstigen Verlauf genommen. Die Verhandlungen drehen sich zunächst um die Festlegung des Begriffes Walzdraht. Hier wurden neue Richtlinien aufgestellt, die von den früher üblich gewesenen abweichen. — Wegen der Kontingente hat man mit einigen Werken, die Sonderwünsche geäußert hatten, eine Einigung herbeiführen können, während die Verhandlungen mit verschiedenen anderen Interessenten noch weiter geführt werden. — Beabsichtigt ist eine Quotisierung der gesamten Drahtproduktion. Der Verkaufstätigkeit des zu bildenden Verbandes wird nur Rohwalzdraht unterliegen. Die zur Gruppe Rohwalzdraht gehörenden Spezialdrähte werden in Zukunft von den Werken selbst verkauft. Grundprinzip des Verbandes ist eine straffe Syndizierung der eigentlichen Handelsqualität, während die übrigen Drahtsorten lediglich mengenmäßig erfaßt werden. Die Dauer des Vertrages wird wahrscheinlich derjenigen der Rohstahl-Gemeinschaft angepaßt werden. Letztere ist bekanntlich unter gewissen Voraussetzungen bis Ende 1929 in Aussicht genommen.

* **Die Lage am Eisenmarkte** ist nach der „Deutschen Bergwerkszeitung" in der vergangenen Woche wieder etwas ruhiger geworden, eine Erscheinung, wie man sie nach den Feiertagen regelmäßig beobachten kann. Immerhin sind Händler und Verbraucher nach wie vor mit Anfragen am Markte. Die Werke können im übrigen auch weiterhin keine größeren Mengen hereinnehmen, weil sie fast durchweg noch auf Monate hinaus versorgt sind. Infolgedessen bleiben auch die Liefertermine sehr ausgedehnt. Die Preise haben sich kaum verändert und stellen sich im großen Durchschnitt wie folgt: Halbzeug: Vorblöcke 112,50 M., Knüppel 120 M., Platinen 125 M., Stabeisen 136 M., Formeisen 132 M., Universaleisen 145 M. bis 147,50 M., Bandeisen 162,50 bis 165 M., Grobbleche 145 M., Feinbleche über 1 mm 200 M., Feinbleche unter 1 mm 215 M., Mittelbleche 170 M., Walzdraht 145 bis 150 M., gezogener Draht (blank) 18,50 M., gezogener Draht (verzinkt) 22,50 M. Am stärksten sind die Werke nach wie vor in Feineisen beschäftigt. Andererseits sind aber auch manche Betriebe, wie zum Beispiel die Gute Hoffnung-Hütte sehr stark auf ihren Grobstraßen beschäftigt.

* **450 000 Ansiedler für Australien.** Auf Grund der Bestimmungen ist nach etwa einjährigen Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und der Regierung des Commonwealth von Australien Anfang April d. J. in London ein Vertrag zum Abschluß gelangt, der die Flüssigmachung großer Geldmittel für Zwecke der wirtschaftlichen Erschließung und Ansiedlung in Australien regelt. Nach dem Vertrage beabsichtigt die Commonwealth-Regierung eine oder mehrere Anleihen auszugeben, deren Höchstbetrag die große Summe von 34 Mill. Pfd. Sterl. (rund 680 Mill. RM.) erreichen darf. Die aus dieser Anleihe eingehenden Mittel sollen an die einzelnen australischen Staaten weitergegeben werden und dazu dienen, eine Reihe großer wirtschaftlicher Erschließungsprojekte in weiten ländlichen Gebieten Australiens zu finanzieren. Darunter fallen die Kosten des Erwerbs, der Urbarmachung der Ländereien, die Aufwendungen für Straßenbauten, elektrische Überlandleitungen usw. Weiter sollen aus den Anleihemitteln die Aufwendungen für die Seßhaftmachung von Siedlern, die Erbauung ihrer Wohn- und Wirtschaftsgebäude und der Erstellung großer Depots für landwirtschaftliche Erzeugnisse bestritten werden. Nach dem von englischer Seite aufgestellten Ansiedlungsprojekt beabsichtigt man im Laufe der nächsten zehn Jahre Ansiedler in einer Gesamtzahl von 450000 Köpfen nach Australien zu ziehen, darunter insgesamt 34000 Familien mit einer durchschnittlichen Stärke von fünf Köpfen. Von all diesen Siedlern wird nicht nur keinerlei Nachweis von Privatkapital erfordert werden; sie sollen sogar nach den diesbezüglichen besonderen englischen gesetzlichen Bestimmungen auch freie Überfahrt nach Australien erhalten. Nach den vertraglichen Abmachungen wird die großbritannische Regierung zu je 750 000 Pfd. Sterl. Aufwendungen eines australischen Staates einen Betrag von 130 000 Pfd. Sterl. leisten, sofern jeweils 10 000 Siedler, darunter eine bestimmte Zahl von Familien, in der vertragsmäßig vorgesehenen Weise im Laufe einer bestimmten Zahl von Jahren seßhaft gemacht worden sind. Diese Beträge sollen während der ersten fünf Jahre der Durchführung des Siedlungsprojekts die Hälfte und während der nächsten fünf Jahre ein Drittel der für die Verzinsung der aufgewendeten Beträge erforderlichen Summen decken. Naturgemäß sei in den englisch-australischen Abmachungen eine besondere Berücksichtigung der aus Großbritannien stammenden Siedler vorgesehen; für Leute dieser Art ist grundsätzlich die Hälfte aller siedlungsreif gemachten Farmen usw. vorzubehalten; außerdem können sie durch die staatlichen landwirtschaftlichen Organisationen in Australien oder aus sonstigen Mitteln Vorschüsse zum Aufbau ihrer Existenz erhalten. Für solche Leute, die nicht als Ansiedler, sondern zur Verwendung als Arbeiter und dergl. in Betracht kommen, wird durch Beschaffung angemessener und entsprechend bezahlter Arbeitsgelegenheiten gesorgt werden. Die weiteren vertraglichen Abmachungen regeln die vorläufige Unterbringung der Siedler in Australien bis zu der Überweisung entsprechender Landstellen; zu den dadurch entstehenden Kosten wird die großbritannische Regierung Beiträge in Höhe eines Drittels leisten.

*

Produktenbörse zu Plauen.

Amtliche Notierungen vom 18. April 1925, nachm. ¾4 Uhr.

Preise per Zentner. Weizen, mittlere Sorte, 11,25, feine Sorte 12,00. Roggen, mittlere Sorte, 11,00, feine Sorte 11,40. Braugerste, mittlere Sorte, 10,00, feine Sorte 11,00. Futtergerste, mittlere Sorte, 8,50, feine Sorte 9,50. Hafer mittlere Sorte 9,00, feine Sorte 9,75. Heu, mittlere Sorte 3,75, feine Sorte 4,75. Stroh, mittlere Sorte, 1,80, feine Sorte, 2,00. Kartoffeln, mittlere Sorte, 2,50, feine Sorte, 3,00 M. Die Preise sind Großhandelspreise ab vogtländischen Stationen. Die Höchstpreise gelten nur für einwandfreie Ware.

Offene Stellen für Lehrer.

Eine ständige Lehrerstelle in Schulbez. Hammerbrücke-Friedrichsgrün. Ortskl. D. Musik. Befähigung erwünscht. Wohnung für Verh. im Schulh. vorh.; am 1. Juni die ständ. Lehrerstelle in Mühlleithen b. Jägersgrün i. V. Ortskl. D. Wohnung im Schulhause vorh. Bewerbungen bis 10. Mai an den Bezirksschulrat in Auerbach i. V. — Je eine ständ. Lehrerstelle in Herrndorf-Hetzdorf (Ortskl. D) u. Hilbersdorf (Ortskl. B). Familienwohnungen vorh.; 1 ständ. Lehrerstelle in Zug (Ortskl. C). Familienwohnung vorh. Befähigung zur Ert. von Gesangsunterricht erwünscht. Bewerbungen bis zum 10. Mai an den Bezirksschulrat in Freiberg. — 1 ständ. Lehrerstelle an der Volksschule zu Technitz b. Döbeln. Ortskl. D. Familienwohnung vorh. Bewerber muß innerh. seiner Pflichtstunden Knabenfortbildungsschulunterricht ert. Bew. bis zum 10. Mai an den Bezirksschulrat zu Döbeln.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Reichsgesetzblatt. Die am 18. April ausgegebene Nr. 15 von Teil I enthält: Gesetz über die Aufrechterhaltung von Vorschriften des Kapitalfluchtgesetzes; Gesetz über die Änderung der Achtzehnten Ergänzung des Besoldungsgesetzes (Reichsbesoldungsblatt 1924 S. 289); Zweite Verordnung zur Wahl des Reichspräsidenten; Bekanntmachung der neuen Fassung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, sowie Erste Ergänzung der Anstellungsgrundsätze (Grundsätze für die Anstellung der Inhaber eines Versorgungsscheins).

Die soeben erschienene Nr. 8 des **Finanzministerialblattes für den Freistaat Sachsen** (herausgegeben vom Finanzministerium) enthält u. a. folgende Veröffentlichungen: Zahlung der nach § 12 des Tarifvertrages v. 4. 4. 22 den Verwaltungsarbeitern gewährten Zulagen während Urlaub und Krankheit, Verbandpäckchen, Hundesteuer, Beitragszahlung zur Invalidenversicherung, Brennholzbewirtschaftung in den Sächs. Staatsforsten, Berechnung und Mitteilung der Versteigerungserlöse, Rindenverkauf, Neuauflage der Holzversteigerungsordnung, 6. Bek. der Kleiderkasse für die Beamten der Sächs. Staatsforstverwaltung, Z-Vordrucke, Hinweise, Personalnachrichten, Literarische Anzeige.

Dresden.

Zehnjähriges Bestehen der Staatlichen Schule für Schwerhörige und Ertaubte.

Am Sonntag fand in Gegenwart von Vertretern des Volksbildungsministeriums und zahlreicher anderer Ehrengäste in den Räumen der Staatlichen Schule für Schwerhörige und Ertaubte, Chemnitzer Str. 4, aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Schule eine einfache Schulfeier statt, die sich insbesondere auch zu einer Ehrung des hochverdienten Leiters der Schule, Oberlehrer Lindner, gestaltete. Nach einleitenden Vorträgen eines Bläserchors und eines Kindergesanges hielt Oberlehrer Lindner die Festrede, in der er nach Begrüßung der Erschienenen die Ziele und Aufgaben der Schule darlegte, und es dabei als vorteilhaft — nicht nur für die Kinder selbst, sondern auch für den Staat und die Nation, wie überhaupt für die ganze menschliche Gesellschaft — bezeichnete, Schwerhörige und Ertaubte in besondere Schulen zu schicken, wo ihrer Individualität besser Rechnung getragen und wo sie zu vollwertigen Staatsbürgern herangebildet werden können. Die Schule, die am 1. April 1915 mit 5 Klassen und 60 Schülern und Schülerinnen gegründet wurde, zähle heute 16 Klassen und 155 Kinder (ohne Fortbildungsschule). Ganz besonders dankte der Redner dem Volksbildungsministerium und dem städtischen Jugendamte für die der Schule in weitgehendstem Maße gewährte Unterstützung und Förderung, aber auch allen Freunden und Gönnern der Schule, die bei der Verwirklichung der Errichtung eines Landheimes für schwerhörige und ertaubte Kinder mitgeholfen haben, und verband damit den Wunsch einer weiteren günstigen Entwicklung der Schule und der Errichtung gleicher Bildungsinstitute in allen größeren Städten des Landes.

Im Auftrage des Volksbildungsministeriums überbrachte Bezirksschulrat Dr. Kuhne der Jubilarin die besten Glückwünsche, der die Dresdner Schwerhörigen- und Ertaubtenschule und ihren Leiter, dem er besondere Worte der Anerkennung widmete, als einen bemerkenswerten Kulturfaktor feierte. Ihm schlossen sich an als weitere Gratulanten Schullehrer Weidel für die Taubstummenschule und den Landesverein der Sächsischen Taubstummenlehrer, Schulamtsrat Rudert für den Rat zu Dresden und den Dresdner Lehrerverein, Ingenieur Espig als Vorsitzender des Elternbeirats der Schule, Prof. Rudolph für die Eltern ehemaliger Schulzöglinge, der ebenfalls die aufopfernde Liebe und den hingebenden Geist des Schulleiters und seines treuen Mitarbeiterstabes stark unterstrich, ferner Vertreter des Neuen Sächsischen Lehrervereins und der Dresdner Schwerhörigengemeinde.

Nach Beendigung der Feier statteten die Teilnehmer der Ausstellung der Schülerarbeiten im ersten Obergeschoß des Schulgebäudes einen Besuch ab, die allgemeine Anerkennung fand.

*

* **Hindenburg-Wahlkundgebung.** Am Sonntag vormittag veranstaltete der Nationale Ausschuß für die Präsidentenwahl im dichtbesetzten Zirkus Sarrasani eine Wahlkundgebung für Hindenburg, in der der preußische Landtagsabgeordnete Korvettenkapitän a. D. Metzenthien (Breslau) sowie der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Oberfohren (Kiel) als Redner auftraten. Eine Parallelversammlung im Vereinshause, in der dieselben Redner sprachen, war ebenfalls stark besucht.

* **Ausgabe des Adreßbuches 1925/26.** Die neue Auflage des Dresdner Adreßbuches ist nunmehr fertiggestellt und wird von heute ab ausgegeben. Das Buch weist gegenüber dem letzten Jahrgang wesentliche Verbesserungen auf und enthält neben dem Verzeichnis der handelsgerichtlich eingetragenen Firmen seit längeren Jahren erstmalig wieder einen bunten Stadtplan, der kostenlos beigegeben wird. Es ist zum Preise von 24 M. durch den Verlag, Breite Str. 7 I, oder durch Kaufmanns Buchhandlung, Seestraße 3, zu beziehen. — Die Schriftleitung des Adreßbuches im Neustädter Rathaus, Hauptstr. 31, bittet wiederholt, ihr Veränderungen oder Fehler des Buches schriftlich oder mündlich mitzuteilen.

* **Die Hauptversammlung der Zentrale für Jugendfürsorge** wird für Mittwoch, den 6. Mai, ½8 Uhr einberufen nach Ammonstraße 6, Siedelsaal. Außer dem Geschäftlichen wird Dr. med. Fetscher, Privatdozent der Hygiene, einen Vortrag halten über „Die Vererbung asozialer Anlagen". Gerade dieses Thema wird vielen von besonderer Wichtigkeit sein. Auch Nichtmitglieder haben freien Zutritt.

* **„Lustiger sächsischer Abend".** Das alte Kasperltheater wieder zu einer bodenständigen Volkskunst zu machen, ist sicher ein erstrebenswertes Ziel. Irgend etwas dieser Art mag dem Veranstalter des „Lustigen sächsischen Abends", Dr. Paul, vorgeschwebt haben, als er zu seinem „Kasperltheater für große und kleine Leute" im Künstlerhaus lud. Unstreitig entwickelt Dr. Paul in der Technik seines Spiels eine gewisse Routine und Handfertigkeit. Was ihm anscheinend fehlt, sind zureichende Unterlagen. Die beiden gespielten Stücke („Das Gold im Geheimfach" oder „Kasper holt's wieder" und „In aller Frische" oder „Kasper an der richtigen Quelle") arbeiten mit sehr durchschnittlichen, zum Teil höchst zweifelhaften Motiven und Späßen. Und den vorgetragenen Dialektliedern eigener Fassung gebricht es an wirklichem Witz; soda die an die Zuhörer gerichtete Aufforderung, mitzusingen, ein ziemlich hohes Maß von Gutmütigkeit beim Publikum voraussetzt.

* **Landestagung des Sächsischen Vereins zur Hebung der Sittlichkeit.** In Verbindung mit dem 41. Kongreß für Innere Mission und zugleich als Mitgliederversammlung des Deutschen Vereins zur Hebung der Sittlichkeit findet sie statt Montag, den 27. April, von 2 bis 4 Uhr im Gemeindesaal der Frauenkirche, Moritzstr. 4, Hhs. I. Der Generalsekretär Lic. Bohn-Berlin wird sprechen über „Prostitutionsfrage im Ausland und in Deutschland". Nichtmitglieder sind willkommen. Eintritt frei!

* **Dr. Pauls Kasperltheater** spielt Mittwoch, 5, im Künstlerhaus: „Das Gespenst im Grünen Gewölbe" oder „Kasper als Fremdenführer".

* **Die Vereinigung ehemaliger Schüler des Gymnasiums zu Dresden-N.** veranstaltet Montag, 27. April abends 7 Uhr, im Saale der Harmonie, Landhausstraße 11 ein Konzert zum Besten des Schülerheims des Staatsgymnasiums und zur Unterstützung ehemaliger Schüler während ihrer Studienzeit.

* **Wegen unlauteren Wettbewerbs** wurde der Schriftsteller und Syndikus Georg Müller, genannt Müller-Heim, vom Gemeinsamen Schöffengericht Dresden zu 300 M., ein gewisser Thiele, Mitinhaber einer Rechtskanzlei zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, und die Publikation im „Dresdner Anzeiger" verfügt. Gegenstand der Anklage waren eine Ankündigung im Inseratenteil einer Dresdner Zeitung zu Anfang vorigen Jahres und zur Verteilung gelangte Handzettel, worin irreführende Bezeichnungen wie Anwaltskanzlei, juristischer Volksanwalt Republikanischer Rechtsbund usw. enthalten waren. Strafantrag hatte der Dresdner Anwaltsverein gestellt, der sich dem Verfahren auch als Nebenkläger angeschlossen. Um den Sachverhalt zu klären, mußte das Gericht in eine vielstündige Beweiserhebung eintreten. Der Vorsitzende des Gerichts betonte in der Begründung des Urteils u. a., es gelte als festgestellt, daß der Republikanische Rechtsbund als solcher in Wirklichkeit garnicht bestanden, und nur dem Namen nach existierte, womit wiederum zum Ausdruck gebracht werden sollte, als stehe hinter dem Angeklagten Müller, genannt Müller-Heim, eine große und starke Organisation. Mit den gewählten Bezeichnungen sollte des Angeklagten Tätigkeit als besonders vertrauenswürdig erscheinen, und darin sei eine Täuschung zu erblicken.

* **Ein Kind im heißen Badewasser tödlich verbrüht.** Am 18. September v. J. hatte die Leiterin der Städtischen Kleinkinderbewahranstalt im Stadtteil zu Dresden-Rochwitz, Alma Ida Epperlein, eine ihr zur Obhut anvertraute noch nicht drei Jahre alte Arbeiterstochter Ursula Georges in zu heißes Badewasser gesetzt, wodurch das Kind derartige Verbrühungen erlitt, daß es kurz darauf gestorben war. Wegen fahrlässiger Tötung unter Anklage gestellt, erkannte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden in der Verhandlung vom 16. Dezember v. J. auf Freisprechung mit der Begründung, die Beweisaufnahme habe kein einheitliches Bild ergeben. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Am Sonnabend beschäftigte sich die zweite Strafkammer des Dresdner Landgerichts erneut mit dieser betrüblichen Angelegenheit. Zur Aufklärung des Sachverhalts hatten 30 Zeugen und eine Anzahl Ärzte Vorladung erhalten, deren Vernehmung von langer Dauer war. Nach dem Ergebnis der Berufungsverhandlung kam das Gericht zu anderer Auffassung wie die Vorinstanz. Die Angeklagte wurde der fahrlässigen Tötung für schuldig befunden und zu 300 M. Geldstrafe, hilfsweise zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt.

* **Sittlichkeitsverbrecher.** Festgenommen wurde ein 60jähriger Schokoladengeschäftsinhaber, der sich in rund 30 Fällen an schulpflichtigen Mädchen vergangen hat.

* **Zeugen gesucht.** Am 16. April gegen 11 Uhr vormittags ist auf dem Plauenschen Platze eine ältere Frau von einer Kraftdroschke überfahren und schwer verletzt worden. Der Unfall soll von einer größeren Anzahl Personen beobachtet worden sein. Wer Sachdienliches hierzu anzugeben vermag, wird nach der Kriminalpolizei gebeten.

*

Eine öffentliche Beamtenversammlung

fand am Sonntag im Kristallpalast, Schäferstraße, statt. Sie war vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund einberufen und nahm Stellung zu der Besoldungsfrage. Der Referent, Döbling vom Bundesvorstand in Berlin, gab in etwa 1½stündigen Ausführungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen, die in den letzten Monaten seitens der Spitzenorganisationen mit dem Reichsfinanzministerium wegen einer Neuregelung der Beamtenbesoldung geführt worden sind, wobei er sich scharf gegen das ablehnende Verhalten der zuständigen Stellen gegenüber dem Verlangen der Ergreifung wenigstens einer Notmaßnahme für die besonders notleidenden Beamtengruppen aussprach und den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes im Reichstage ein beamtenfeindliches Verhalten vorwarf. Der Reichstag habe seine erste Periode abgeschlossen, ohne das Geringste für die Beamtenschaft zu tun. Die Rechtsparteien hätten ihre im letzten Reichstagswahlkampfe gemachten Versprechungen nicht gehalten. Die Beamten könnten bei der Reichspräsidentenwahl nur dem Kandidaten des republikanischen Volksblocks Dr. Marx ihre Stimme geben.

Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Nach einer Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Vorgehen des A. D. B. in bezug auf die Besoldung und verurteilt aufs schärfste das Verhalten des D. B. B. Die Versammlung erkennt an, daß Fortschritte in der Beamtenschaft nur dann erzielt werden können, wenn sie in Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge einig und zielbewußt für ihre Belange eintritt und mit denen abrechnet, die sich lediglich in Versprechungen ergehen. Die Versammlung verpflichtet sich, für die weitere Stärkung des A. D. B. zu wirken."

Pferderennen in Dresden.

Der Dresdener Rennverein setzte seine erfolgreiche Serie von Rennen gestern fort. An Überraschungen fehlte es wieder nicht. Im Seidnitzer Ausgleich, dem höchstdotierten Rennen, wurden die Favoriten Fridolin und Cardinal II von der von Senkpeil sehr gut geführten Baronesse geschlagen und im Rennen um den Preis von Pirna mußte Achilleion, der vom Start weg führte, seinen Platz an Ruhr und Parchemin abgeben. Die Jagdrennen nahmen das Interesse in erhöhtem Maße in Anspruch. Diamant führte fast durch das ganze Lindenauer Jagdrennen und riß auch den Sieg an sich. Neun Pferde beteiligten sich am Torgauer Jagdrennen. W. Kaufmanns Bennewar, von Handke geritten, hatte anfangs gute Chancen, versagte aber schließlich in der Geraden. Bernstein, der mit Bennewar gleichzeitig den letzten Sprung ausgeführt hatte, passierte infolgedessen vor ihm das Ziel.

1. **Preis von Bautzen.** 1400 m. Preise 3000 M. 1. Lt. Fiukes hbr. H. Wesel (Trainer: R. A. Waugh, Reiter: Koch.) 2. Gabe. 3. Gaublum. Ferner: Flörsing, Gilde.

2. **Preis von Camenz.** 1200 m. Preise 3000 M. 1. Lt. Fiukes br. H. Gallup (Trainer: R. A. Waugh, Reiter: H. Teichmann.) 2. Pugner. 3. Teufelskol. Ferner: Nimbus, Leonidas, Also doch, Brise.

3. **Lindenauer Jagdrennen.** 3000 m. Ehrenpreis und 3000 M. 1. P. Schlesingers br. W. Diamant (Trainer: E. Gröschel, Reiter: H. Gröschel). 2. Maltrank. 3. Köhling. Ferner: Demetrius, Lunaburg, Margita, Rache, Bastianella, Süßes Mädel.

4. **Preis von Pirna.** 1900 m. Preise 3000 M. 1. R. Spitzhofers hbr. Stute Ruhr (Trainer: R. Hesse, Reiter: Ehrlich). 2. Parchemin. 3. Darly flgs. Ferner: Peru, Finsternarbern, Mazeppa II, Achilleion.

5. **Seidnitzer Ausgleich.** 1600 m. Ehrenpreis und 5000 M. 1. E. H. Luppachs br. St. Baronesse (Trainer: H. Rolf, Reiter: Senkpeil). 2. Cardinal II. 3. Gauritanter. Ferner: Feldwälin, Alan II, Salappe, Tuan Feng, Goldstrom, Humboldt, Leander.

6. **Torgauer Jagdrennen.** 3500 m. Ehrenpreis und 3000 M. 1. M. Pleiss F.-W. Bernstein (Trainer: Bef., Reiter: W. Heurt). 2. Bennewar. 3. Raben. Ferner: Feuerfeilina, Stubenkätzer, Hingebung, Kiek in die Welt, Torrak, Granit.

7. **Löbnitzer Ausgleich.** 1400 m. Preise 3000 M. 1. W. Kaufmanns hbr. St. Lissa (Trainer: K. Scheffer, Reiter: Laabe). 2. Carl Heinz. 3. Schwarzamsel. Ferner: Bouré, Sonnenschein II, La Bourree, Jojo, Genügsame.

Aus Sachsen.

Bergbauliche Berufsschulklassen.

Das Finanzministerium, dem die Bergschulen unterstehen, und das Ministerium für Volksbildung als oberste Schulbehörde für die Fortbildungs- (Berufs-)schulen waren im Jahre 1921 darin übereingekommen, für die im Bergbau des Freistaates Sachsen beschäftigten jugendlichen Bergarbeiter besondere Berufsschulklassen einzurichten oder bereits bestehende weiter auszubauen und den Unterricht in diesen zweckmäßig auszugestalten. Hierfür waren Grundsätze aufgestellt und in ihrer Durchführung ein besonderer Ausschuß zur Förderung der Bergarbeiter in der Berufsschule eingesetzt, dem sowohl Vertreter der bergbaulichen Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisationen als auch Berufsschullehrer angehören. Das vergangene Jahr war der Ausarbeitung und Erprobung eines Lehrplanes für diese Klassen gewidmet.

Zum Zwecke der Beratung dieses Lehrplanes fand am 1. April in Zwickau eine Sitzung des Ausschusses unter Leitung des Ministeriums für Volksbildung statt. Das Finanzministerium hatte einen Vertreter des Oberbergamtes in Freiberg hierzu entsandt. Nach Vortrag des Lehrplanes, der darin durchgeführten Richtlinien und der eingegangenen Abänderungsanträge wurde in eine längere grundsätzliche Aussprache, insbesondere darüber eingetreten, in welcher Weise sich die aus dem Bergbau hervorgegangenen Praktiker und die Berufsschulpädagogen in den Unterricht zu teilen haben. Hierüber wurde völlige Übereinstimmung erzielt. Ein Antrag des Bergbaulichen Vereins, daß Berufskunde in bergmännischen Berufsschulklassen hauptamtlich von solchen Lehrern gegeben werden solle, die im Aufsichtsdienst auf Steinkohlenbergwerken praktische Erfahrung besitzen, wird an die zuständige Stelle geleitet werden. Nach Annahme einiger Abänderungsanträge wurde der Lehrplan einstimmig gutgeheißen und beschlossen, ihn in allen sächsischen bergbaulichen Berufsschulklassen — zunächst für die nächsten zwei Schuljahre versuchsweise — einzuführen.

Einige Mitglieder des Ausschusses erhielten den Auftrag, sich mit den für bergbauliche Schulen vorhandenen Lesebüchern oder sonstigem hierfür geeigneten Lesestoff zu beschäftigen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses hierüber zu berichten. Bis dahin wird das Ministerium für Volksbildung eine neue Umfrage über die gegenwärtige Zahl der berufsschulpflichtigen Bergarbeiter und den Stand der bergbaulichen Klassen im Freistaat Sachsen veranstalten.

* **Anprangerung der Nichtwähler in Sachsen.** In verschiedenen sächsischen Orten, so in Neukirch (Lausitz), haben die Gemeindeverordneten beschlossen, nach der Reichspräsidentenwahl eine Liste der Nichtwähler zu veröffentlichen.

Die Gemeinde Schneeberg hat festgestellt, daß beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl 1475 Personen nicht gewählt haben, darunter 1100 Wahlberechtigte aus proletarischen Schichten, davon 816 Arbeiter, Arbeiterinnen und Dienstboten.

*

Zwickau. An den hiesigen Volksschulen ist der Schwimmunterricht als Pflichtfach eingeführt worden.

Mylau. Zur Einrichtung von Liegekuren für Kinder im Stadtwalde haben die Stadtverordneten 5000 M. bewilligt.

Annaberg. Mit dem Bau der Ferngasstrecke Annaberg—Schönberg—Thum—Wolkenstein ist nunmehr begonnen worden. Man glaubt den Anschluß mit Thum noch im Herbst dieses Jahres fertigstellen zu können.

Bautzen. Am 1. April d. J. hatte Bautzen 49 561 Einwohner gegen 41 802 Ende Dezember 1924.

Döbeln. Die Reichstagsabgeordnete Frau Minna Schilling hat ihr Amt als Ratsmitglied niedergelegt. An ihrer Stelle ist von der Sozialdemokratischen Fraktion Buchhändler Paul Eichhorn als Stadtrat vorgeschlagen und durch die Stadtverordneten einstimmig berufen worden.

Neukirch (Lausitz). Nach einem Beschlusse der Gemeindeverordneten soll hier nach der Wahl am 26. April eine Liste der Nichtwähler veröffentlicht werden.

Burgstädt. Mit dem Bau von 15 Siedlungshäusern, deren Errichtung seit langem geplant war, ist nunmehr begonnen worden.

Lichtentanne. Der Kreisausschuß der Kreishauptmannschaft Zwickau hat sich mit 4 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenhaltung für den Antrag der Gemeinde Lichtentanne auf Ausbezirkung aus der Amtshauptmannschaft Werdau und Einbezirkung in die Amtshauptmannschaft Zwickau ausgesprochen.

Pirna. Hier sind zurzeit noch 343 Erwerbslose vorhanden. In der Woche vom 6. bis 11 April betrug die Abnahme 43 Personen.

Wilsdruff. Der Stadtrat hat beschlossen, den Schulkindern bis Ende Mai dieses Jahres kostenlos wöchentlich ein Brausebad zu gewähren.

Tageschronik.

Dem Tode entronnen.

Duisburg, 19. April.

Am Sonnabendmorgen gegen ½10 Uhr brach beim Ausbau auf der fünften Sohle der Zeche „Rheinpreußen" Schacht I und II eine Decke in einer größeren Länge ein, wobei ein Steiger und zwei Arbeiter, die sich in dem Bruche befanden, eingeschlossen und vollständig von der Außenwelt abgeschnitten wurden. Die Aufräumungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Durch Klopfsignale verständigte man sich mit den Eingeschlossenen. Einer fast zwölfstündigen Arbeit gelang es, abends gegen 9 Uhr die Eingeschlossenen zu befreien, die unverletzt geborgen werden konnten.

Amtliche Devisenkurse.

Berlin, am 20. April 1925.

Notierungen in Mark.

Telegraphische Auszahlungen auf:		20. 4. Geld	20. 4. Brief	18. 4. Geld	18. 4. Brief
Amsterdam	100 Gulden	167,34	167,76	167,51	167,93
Buenos-Aires	1 Peso	1,597	1,601	1,600	1,605
Brüssel	100 Franc	21,205	21,265	21,19	21,25
Oslo	100 Kronen	68,53	68,71	68,56	68,74
Kopenhagen	100 Kronen	77,15	77,35	77,70	77,90
Stockholm	100 Kronen	113,04	113,32	113,04	113,32
Helsingfors	100 finn. M.	10,559	10,599	10,561	10,601
Italien	100 Lire	17,205	17,245	17,195	17,235
London	1 Pfd. Sterl.	20,085	20,135	20,082	20,132
New York	1 Dollar	4,195	4,205	4,195	4,205
Paris	100 Franc	22,04	22,10	21,98	22,04
Schweiz	100 Franken	81,10	81,30	81,08	81,28
Spanien	100 Peseta	60,02	60,18	60,04	60,18
Lissabon	100 Escudo	20,225	20,275	20,225	20,275
Japan	1 Yen	1,758	1,762	1,768	1,772
Rio de Janeiro	1 Milreis	0,439	0,441	0,441	0,443
Wien	100 Schilling	59,09	59,23	59,09	59,23
Prag	100 Kronen	12,427	12,467	12,43	12,47
Jugoslawien	100 Dinar	6,75	6,77	6,75	6,77
Budapest	100 000 Kronen	5,814	5,834	5,814	5,834
Bulgarien	100 Lewa	3,065	3,075	3,065	3,085
Danzig	100 Gulden	79,70	79,90	79,70	79,90

Beim unterzeichneten Amtsgericht soll ein

Justizunterwachtmeister

neu eingestellt werden. Unbescholtene, gesunde, kräftige und für jede Arbeit von Diensten (Bestell-, Aufwärter-Dienst und Personentransport) geeignete, zu einfachen schriftlichen Anzeigen oder Eintragungen befähigte Männer im Alter von mindestens 21 Jahren wollen sich hier bis zum **27. April 1925** melden. Versorgungs- und Anstellungsanwärter erhalten den Vorzug. Während eines Probedienstes wird eine Vergütung gewährt, die für Zivilanwärter 75 v. H., für Militäranwärter 85 v. H. des Anfangsgehalts der Besoldungsgruppe II sowie des dazu gehörigen Ortszuschlags beträgt. 415

Amtsgericht Zwickau, 17 April 1925.

Bei Existenzsorgen

geb. wir Reisenden in Stadt u. Land eine selbständige Position bei gutem Gehalt und Provision. 141

„Mein Heim"

Berlin W. 30, Hohenstaufenstr. 68.

Echte Reiher

sind immer am schönsten und billig bei f3

Hesse, Scheffelstr. 12.

Tageskalender.

Dienstag, 21. April

Staatstheater.

Opernhaus.

Anrechtsreihe A: **Abu Hassan. Coppelia.** (Dr. B. Nr. 8477—8528.) — B.-B.-B.Gr.1 Nr.3131 bis 3170.) Anf. ½8 Uhr Ende ¾10 Uhr.

Mittwoch (außer Anrecht): **Götterdämmerung.** Anfang 5 Uhr. Ende 10 Uhr.

Schauspielhaus.

Anrechtsreihe A: **Götz von Berlichingen.** (Dr. B. Nr.3035—3050. — B.-B.-B. Gr. 1 Nr.3271—3290.) Anfang 7 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Mittwoch (Anrechtsreihe A): **Fuhrmann Henschel.** Anf. ½8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Neustädter Schauspielhaus.

Blaufuchs. (B.-B.-B. Gr. 1 Nr. 2201—2700, Gr. 2 Nr. 91—150) Anfang ½8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Mittwoch: Reformabend: **Unverhofft. Verwickelte Geschichte.** (B.-B. B. Gr. 1 Nr. 2901 bis 3200). Anfang ½8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Neues Theater.

Brautkrieg. (B.-B. Nr. 4891—5080.) Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Mittwoch: Geschlossene Vorstellung.

Residenztheater.

Gräfin Mariza. Anf. ½8 Uhr. Ende nach ¾11 Uhr.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Centraltheater.

Allabendlich ½8 Uhr: Gesamt-Gastspiel des Theaters im Admiralspalast in Berlin mit der Revue: **Noch und Noch.**

Familiennachrichten.

Gestorben: Hr. Pfarrer i. R. Joseph Krahmer (67 J.) in Radeburg; Hr. Julius Jacobi (90 J.) in Dresden-Blasewitz; Hr. Ferdinand Ernst Bernhardt, Werkmeister (59 J.) in Dresden; Hr. Eisenbahn-Betriebsassistent Kurt Förster in Loschwitz; Hr. Paul Wißmach, Gastwirt (46 J.) in Dresden-Löbtau; Hr. Oscar Julius Kunath (70 J.) in Coswig i. S.; Hr. Arthur Fünfstück, Kaufmann (55 J.) in Dresden; Hr. Ernst August Wilhelm, Gärtnereibesitzer in Dresden-Laubegast; Frau verw. Hofrat Selma Pauline Riemer geb. Groschel (70 J.) in Dresden; Frau Clara Martha verw. Popp geb. Zimmermann, Kaufmannswitwe (58 J.) in Dresden; Frau Johanna verw. Landau geb. Fiber (79 J.) in Leipzig.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen.

Amtlicher Teil.

Erste Einkommensteuerverteilung für das Rechnungsjahr 1925.

Bei der 1. Verteilung des **Gemeindeanteils** an der Einkommensteuer **für das Rechnungsjahr 1925** erhalten die Gemeinden und Bezirksverbände als **Anteil** einen Betrag, der sich berechnet nach 4,0 Pf. auf die Einheit ihres (berichtigten) zweiten Einkommensteuer-Rechnungsanteils.

Soweit bei einzelnen Gemeinden infolge Berichtigung ihres zweiten Einkommensteuer-Rechnungsanteils noch Überzahlungen vorliegen, werden diese bei der 1. Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer weiter zum Ausgleich gebracht.

Sämtliche Beträge sind auf volle Reichsmark nach unten abgerundet worden. 393 Steuer C

Dresden, am 18. April 1925. 407

Finanzministerium, III. Abteilung.

Der Stadtmedizinalrat Dr. Siegert in Zittau ist als **Leichenschauarzt** für den Medizinalbezirk Zittau zugelassen und in die Liste der Leichenschauärzte eingetragen worden. M. V. 8 L

Bautzen, am 17. April 1925. 404

Kreishauptmannschaft.

Nachdem vom Verband von Glaserinnungen Sachsens der Antrag auf **Errichtung einer Zwangsinnung für das Glaserhandwerk** im Bezirke der Amtshauptmannschaft Pirna mit dem Sitze in Pirna gestellt wurde, ist Regierungsrat Dr. Lommatzsch bei der Amtshauptmannschaft Pirna für die Absetzung des Verfahrens nach § 100 und 100a der Reichsgewerbeordnung zum Kommissar ernannt worden. IV 41 Inn. [420

Kreishauptmannschaft Dresden,
am 11. April 1925.

Auf Blatt 972 des Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft **Gebr. Weber** in Crimmitschau betreffend ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Hermann Rudolf Weber ist ausgeschieden. Der Ingenieur **Arno Georg Weber** führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleinhaber fort. 416

Amtsgericht Crimmitschau,
den 17 April 1925.

Auf Blatt 408 des Handelsregisters, betr. die Firma **Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn Aktiengesellschaft** in Gunnersdorf bei Frankenberg, ist heute eingetragen worden: Durch Generalversammlungsbeschluß vom 3. April 1925 ist a) das Grundkapital von 1 150 000 RM. in 22 000 Stück Stammaktien über je 40 RM. und 1300 Stück Stammaktien über je 200 RM., sowie 10 Stück Vorzugsaktien über je 1000 RM. eingeteilt, b) die Ermächtigung des Vorstands über Umtausch der Aktien neu festgesetzt, c) der Gesellschaftsvertrag in § 4 Abs. 1 und § 22 Abs. 1 abgeändert worden.

Amtsgericht Frankenberg, 15. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 117, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma **Wm. Riedel** in Klingenthal: Der Kaufmann Christian Wilhelm Riedel in Klingenthal ist ausgeschieden, Frau **Henriette Emilie** verw. **Riedel** geb. **Schilbach** in Klingenthal ist in die Gesellschaft eingetreten;

b) auf Blatt 219, betr. die Firma **Hans Rölz** in Klingenthal: Die Prokura der **Elisabeth Rölz** geb. **Schween** in Graslitz ist erloschen;

c) auf Blatt 322, betr. die Firma Klingenthaler Zeitung Gustav Bergmann in Klingenthal: Die Firma lautet künftig: **Klingenthaler Zeitung und Tageblatt Gustav Bergmann;**

d) auf Blatt 364, betr. die Firma **Anton Hüller** in Klingenthal: Die Firma ist erloschen;

e) auf Blatt 487 die Firma **Curt Wohlrab** in Klingenthal und als deren Inhaber der Kaufmann **Curt Wohlrab**, daselbst. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Akkordeons und Versand von Musikwaren aller Art. 417

Amtsgericht Klingenthal, 15. April 1925.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 150, betreffend die Firma **Vereinigte Mühlenwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Königsbrück, eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 10. Dezember 1924 und 11. März 1925 von neunzig Millionen Papiermark auf fünfunddreißigtausend Reichsmark umgestellt worden. Die Umstellung ist durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag vom 13. Juni 1921 mit seinen mehrfachen Abänderungen ist durch die gleichen Beschlüsse laut Notariatsprotokollen vom 10. Dezember 1924 und 11. März 1925 außer Kraft gesetzt worden. An seine Stelle tritt der am 10. Dezember 1924 festgestellte neue Gesellschaftsvertrag. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der wirtschaftlichen Interessen aller Gesellschafter, der gemeinschaftliche Einkauf und Verkauf aller Bedürfnisse und Erzeugnisse der Müllerei, die gleichmäßige Beschäftigung aller Gesellschafter nach einem aufzustellenden Verteilungsschlüssel, der Handel mit einschlägigen Artikeln und die Beteiligung an gleichartigen Unternehmungen, die Vornahme von Rechtsgeschäften und Rechtshandlungen, die zur Erreichung des Zweckes der Gesellschaft notwendig erscheinen. Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger und die Westlausitzer Zeitung.

Die Gesellschaft ist aufgelöst. Geschäftsführer Albert Kretzschmar, Alfred Pfuhl und Franz Wirth sind ausgeschieden. Zu Liquidatoren sind der Mühlenbesitzer Alfred **Pfuhl** in Gräfenhain, der Mühlenbesitzer Franz **Wirth** in Reichenbach und der Mühlenbesitzer Oscar **Sturm** in Königsbrück bestellt. Erklärungen und Zeichnungen haben durch mindestens zwei Liquidatoren zu erfolgen. 418

Amtsgericht Königsbrück,
den 15. April 1925.

Auf Blatt 263 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Vereinigte Spiegelfabriken und Glasmanufaktur**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lommatzsch betr., ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 2. März 1925 ist zufolge Umstellung das Stammkapital auf 16 000 Reichsmark ermäßigt worden. Die Ermäßigung ist erfolgt. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Erich **Neugebauer** in Lommatzsch. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer vertreten. 419

Amtsgericht Lommatzsch, 16. April 1925.

Auf dem die **Bank für Mittelsachsen Aktiengesellschaft** in **Mittweida** betreffenden Blatte 210 des Handelsregisters A ist am 10. Januar 1925 das Erlöschen der Prokura des Kaufmanns **Johannes Despang** in Mittweida eingetragen worden.

Dasselbe ist eingetragen worden am 13. Januar 1925 auf dem die Filiale Frankenberg genannter Bank betreffenden Blatte 559 des Handelsregisters des Amtsgerichts **Frankenberg**, am 14. Januar 1925 auf dem die Filiale Waldheim genannter Bank betreffenden Blatte 256 des Handelsregisters des Amtsgerichts **Waldheim** und am 9. April 1925 auf dem die Filiale Burgstädt genannter Bank betreffenden Blatte 655 des Handelsregisters des Amtsgerichts **Burgstädt**. 409

Amtsgericht Mittweida, 18. April 1925.

Auf Blatt 96 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Carl Philipp Nachf. Inh. Waldemar Dittloff** in Neustadt in Sachsen betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. 410

Amtsgericht Neustadt (Sachsen),
17. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 4435 die Firma **Dyckerhoff & Widmann, Aktiengesellschaft, Niederlassung Plauen**, in Plauen, Zweigniederlassung der in Biebrich a. Rh. unter der Firma Dyckerhoff & Widmann, Aktiengesellschaft bestehenden Hauptniederlassung, und weiter folgendes: Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Oktober 1907 festgestellt und mehrfach, zuletzt am 31. Januar 1925 abgeändert worden; Gegenstand des Unternehmens sind die Ausführung von Tief- und Hochbauten und ähnlichen Arbeiten aller Art namentlich in Beton und Eisenbeton, die Aufstellung von Entwürfen, die Herstellung und der Vertrieb von Zementwaren; die Gesellschaft kann sich auch in jeder Form an anderen Unternehmungen beteiligen; das Grundkapital beträgt sieben Millionen dreihunderttausend Reichsmark und zerfällt in einhundertfünfzehntausend auf den Inhaber lautende Stammaktien von je sechzig Reichsmark und in zehntausend auf den Namen lautende Vorzugsaktien von je vierzig Reichsmark; zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt der Kaufmann **Eduard Moeller**, die Diplomingenieure **Ernst Dyckerhoff** und **Hans Kreißelmeier** in Biebrich a. Rh., der Diplomingenieur **Alfred Wesiely** in Wiesbaden, der Syndikus Dr. **Adolf Schweizer** in Schierstein und der Ingenieur **Ludwig Kling** in Berlin; die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder Stellvertreter von solchen oder durch ein Vorstandsmitglied oder einen Stellvertreter eines solchen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen oder durch zwei Prokuristen vertreten; der Aufsichtsratsvorsitzende ist befugt, bei Vorhandensein von mehreren Vorstandsmitgliedern einzelnen von ihnen die Befugnis zu verleihen, die Gesellschaft allein zu vertreten; dem Diplomingenieur **Eugen Schulz**, dem Kaufmann **Karl Klein** und den Oberingenieuren **Otto Mund, Kurt Burmeister** und **Hans Bellak** in Dresden ist für die hiesige Zweigniederlassung Prokura in der Weise erteilt, daß sie berechtigt sind, die Gesellschaft gemeinsam mit einem Vorstandsmitgliede oder mit einem Stellvertreter eines solchen oder mit einem anderen Prokuristen zu vertreten. — Weiter wird bekanntgegeben: Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern, die ebenso wie ihre etwaigen Stellvertreter vom Aufsichtsratsvorsitzenden ernannt werden; die Berufung der Generalversammlung und die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger; die Vorzugsaktien haben am Reingewinne einen Vorzugsanteil von 4% und sind nur mit Genehmigung des Vorstands und des Aufsichtsrats übertragbar. Das Geschäftslokal der Gesellschaft befindet sich Gellertstraße Nr. 21;

b) auf dem Blatte der Firma **Sächsische Gardinenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Plauen, Nr. 4183: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 31. März 1925 ist das Stammkapital auf zwanzigtausend Reichsmark ermäßigt worden; die Ermäßigung ist erfolgt; der Gesellschaftsvertrag ist dementsprechend in § 3 durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokolls von demselben Tage abgeändert worden;

c) auf dem Blatte der Firma **Julius Irmisch** in Plauen, Nr. 504: Der Kaufmann **Willy Kurt Springer** in Greiz und der Kunstglaser **Johann Heinrich Schoch** in Plauen sind in das Handelsgeschäft eingetreten; die Gesellschaft hat am 1. Januar 1925 begonnen; die Firma lautet künftig: **Julius Irmisch & Co.**;

d) auf dem Blatte der Firma **Meyer & Bauerfeind** in Plauen, Nr. 4050: Die Gesellschaft ist aufgelöst; **Arno Paul Meyer** ist ausgeschieden; der Kaufmann **Max Bauerfeind** in Plauen führt das Handelsgeschäft allein fort; die Firma lautet künftig: **Max Bauerfeind;**

e) auf Blatt 4436 die Firma **Walter E. Kraner** in Plauen und als Inhaber der Kaufmann **Ernst Walter Kraner**, daselbst;

f) auf Blatt 4437 die Firma **B. Arno Forbrig** in Plauen, bisher in Reichenbach i. V., Nr. 4437, und weiter, daß der Kaufmann **Bruno Arno Forbrig** in Plauen Inhaber und der **Klara Alma verehel. Forbrig** geb. Oelschlegel, daselbst, Prokura erteilt ist. 411

Angegebener Geschäftszweig und Geschäftslokal zu e): Fabrikation von Wäsche, Schillerstraße 94; zu f) Fabrikation von Steppdecken, Daunendecken und verwandter Artikel, Jößnitzer Straße 102.

Amtsgericht Plauen, 18. April 1925.

Auf Blatt 296 des Handelsregisters, die Firma **Robert Beck** in **Geringswalde** betr., ist am 30. März 1925 eingetragen worden: Die Einlagen der 2 Kommanditisten sind auf Reichsmark umgestellt worden. 412

Amtsgericht Rochlitz.

Im hiesigen Handelsregister ist auf Blatt 397 (Fa. **Feinmetallwarenfabrik Elterlein, Fuhrmann & Co.** in Elterlein) am 2. April 1925 eingetragen worden: Der Kaufmann Alfons Fuhrmann in Elterlein ist nicht mehr Liquidator. An seiner Stelle ist als solcher der Fabrikbesitzer Max **Leßmüller** in Elterlein bestellt. 405

Amtsgericht Scheibenberg, 15. April 1925.

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma **Erzgebirgische Maschinenfabrik Karl Naumann** in Schlettau ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

den 30. April 1925, vormittags ½12 Uhr

vor dem Amtsgerichte Scheibenberg anberaumt worden. 406

Amtsgericht Scheibenberg,
den 16. April 1925.

Auf Blatt 981 des Handelsregisters, betr. die Firma **Bauhütte „Pleißengrund" Soziale Baugesellschaft mit beschränkter Haftung** in Werdau, ist heute eingetragen worden: Der Ratsangestellte Hermann Zwietz in Werdau ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Der Wohnsitz des Geschäftsführers Baumeister Reinhard Kloß ist jetzt Werdau. 413

Amtsgericht Werdau, 17. April 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 414

1. auf Blatt 2045, betr. die Firma **Zwickauer Spitzenweberei, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Zwickau: Die Gesellschafterversammlung vom 30. November 1924 hat die Umstellung der Gesellschaft durch Ermäßigung des Stammkapitals von 400 000 Papiermark auf 200 000 Reichsmark beschlossen. Die beschlossene Ermäßigung ist erfolgt;

2. auf Blatt 2509, betr. die Firma **Benzol-Vertrieb Elb-Krempe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquid.** in Zwickau: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators Paul Emil Otto Scheurich in Zwickau ist beendet. Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Zwickau, 16. April 1925.

Narcissus Pseudonarcissus.

Die auffällige Blume mit den langen, dunkelgrünen, flachen Blättern, blaßgelber Blütenfülle und goldgelber, glockenförmiger Nebenkrone, die jetzt in Gärten und Anlagen in Menge zu sehen ist, besitzt keinen wirklich volkstümlichen deutschen Namen. „Gelbe Narzisse", „Märzenbecher" sagen die Florenwerke. Erstere Bezeichnung ist eher eine Beschreibung als ein Name, und „Märzenbecher" hat den Nachteil, daß man damit in vielen Gegenden, so z. B. gerade in Sachsen, von jeher eine ganz andere Blume benennt. Die öftere Wiederkehr gerade dieses Namens in den Florenwerken ist noch lange nicht ein untrüglicher Beweis für seine Volkstümlichkeit. Es wird in den botanischen Büchern ein großer Ballast von Pflanzennamen geführt, die für das Volk so unverständlich sind, wie die lateinischen oder griechischen, deren sich die Wissenschaft bedient. Andererseits müßte man, wollte man in dieser Beziehung gründlich zu Werke gehen, die Namen jeder Art für die verschiedenen Teile des deutschen Sprachgebiets angeben, was in vielen Fällen eine halbe oder sogar eine ganze Seite erfordern würde. Die geringste Schwierigkeit bieten Pflanzen mit eindeutschen Namen, wie Tulpe, Lilie, Begonie, Petunie, Erika usw. Es gibt deren so viele, daß die Einbürgerung eines weiteren nicht beanstandet werden könnte, zumal sie einem wirklichen Bedürfnis abhülfe. Wie sehr unter dem Mangel eines guten Namens für erwähnte Pflanze Schlegel und Tieck litten, beweist ihre Übersetzung aus Shakespeares „Wintermärchen", wo Perdita im 4. Aufzug, 3. Szene, sagt:

O Proserpina!
Hätt' ich die Blumen jetzt, die du erschreckt
Verlorst von Plutos Wagen! Anemonen,
die, eh' die Schwalb' es wagt, erscheinen und
des Märzes Wind mit ihrer Schönheit fesseln.

Im Original heißt es nicht anemones, sondern daffodills. Das ist der aus dem Griechischen kommende alte englische Name, den die Übersetzer als zu der hier erwähnten Pflanze gehörig sicher kannten, für den sie aber kein deutsches Wort fanden, sodaß sie genötigt waren, eine ganz andere Blume dafür zu nennen. Dadurch wird aber die zitierte Stelle abgeschwächt, denn Shakespeare, ein guter Kenner der heimischen Pflanzenwelt, hat die daffodills hier erwähnt, weil sie im Frühling um die Osterzeit, für die Wiesen des Westens und Südwestens Englands bezeichnend sind. Das kann aber von den viel unscheinbareren Windröschen (Anemone nemorosa der Botaniker) — denn nur sie blühen in England schon im März — entschieden nicht gesagt werden, denn diese verstecken sich gern im Gebüsch der Hecken und Waldränder. Es wäre interessant zu wissen, was Kerner v. Marilaun von der gezwungenen Übersetzung dachte. Dieser bedeutende österreichische Botaniker, ein begeisterter Verehrer Shakespeares, bemerkte einst bei einer „Hamlet"-Vorstellung, wie Ophelia in der ergreifenden Szene, in der sie sagt „da ist Fenchel für Euch und Aglei — da ist Raute für Euch und hier ist welche für mich", ganz unrichtige Pflanzen verteilte. Bitter enttäuscht verließ er das Theater. Am nächsten Morgen befahl er, im Botanischen Garten ein Beet mit Shakespeare-Pflanzen anzulegen, und wurde zum Beispiel „Hamlet" gegeben, so ging ein Korb nach dem Theater, mit Bündelchen von Pflanzen, bezeichnet „Rosmarin, Vergißmeinnicht, Fenchel, Aglei, Raute". Kerner konnte sich von nun an dem Eindruck des Dramas hingeben, ohne in seinem botanischen Empfinden so gestört zu werden, wie andere Theaterfreunde vielleicht durch Anachronismen in den Trachten.

Die Daffodillen sind Fremdlinge in Deutschland. Das erklärt den Mangel eines recht volkstümlichen Namens. Ihre Heimat ist das westliche Europa: Spanien, Frankreich, die Westschweiz, Belgien, das südliche und westliche England. Wo sie sonst noch vorkommen, sind sie nur naturalisiert. Im französischen Sprachgebiet heißen sie, der röhrenförmigen Nebenkrone wegen, trompettes (Trompeten), unter welcher Bezeichnung sie auch dem deutschen Blumenhändler bekannt sind. Die Italiener, bei denen die Blume auch nur eingebürgert ist, gehen mit dem Namen noch einen Schritt weiter und sagen trombone, was eigentlich Posaunen bedeutet und an Übertreibung grenzt. Die deutschen Westschweizer sagen „Nachtel" dafür, ein Wort von recht unsicherer Etymologie.

Der größten Beliebtheit erfreut sich die Blume in England. Außer Shakespeare erwähnten sie die Dichter Spenser, Fletcher, Harrick, Milton, Drayton und Tennyson. Wordsworth widmete ihr ein ganzes Gedicht. Etwa um 1840 setzte eine besondere Liebhaberei unter den reichen Gartenbesitzern für sie ein, nachdem ein englischer Geistlicher durch Kreuzungsversuche bewiesen hatte, welch verschiedene Sorten zu erzielen waren. Fünfzig Pfund Sterling für eine einzige Zwiebel von irgendeiner Novität schien damals kein zu hoher Preis, und er wurde noch 1905 für die fast weiße, von Barr gezüchtete Sorte bezahlt. Da aber die Mode auch in Blumen regiert, wenigstens in den Arten, mit denen die Ausstellungen beschickt zu werden pflegen, so ging auch die Nachfrage nach Daffodillen nach einiger Zeit zurück. Beim großen Publikum blieben sie aber immer in Gunst, und das benützten die Bewohner der im äußersten Südwesten gelegenen Scilly-Inseln, als der von ihnen bisher betriebene Bau hölzerner Schiffe nach Einführung der Eisenschiffe immer mehr in Verfall kam. Begünstigt durch das feuchte, aber sehr milde Klima ihrer Heimat, nahmen sie die Blumenzucht auf, namentlich die der Lilien und Daffodillen, und im Verlauf von etwa 40 Jahren brachten sie diese so hoch, daß sie 1923 3000 Zentner Schnittblumen verschiffen konnten. Das bedeutet zwischen 40 und 50 Millionen Einzelblumen, unter denen Daffodillen bei weitem vorherrschen.

Neuerdings wendet sich die Liebhaberei wieder den hochgezüchteten Sorten zu. Auf der vorjährigen Aufstellung der Londoner Gartenbau-Gesellschaft war es wieder eine fast weiße Sorte, White Nile, die die größte Bewunderung erregte und zu phantastischen Preisen für Zwiebeln verkauft wurde.

Nach der botanischen Systematik gehört unsere Pflanze zu den Narzissen, und führt den etwas widerspruchsvollen Namen Narcissus Pseudonarcissus. Sie ist aber in ihrer Tracht so sehr von den übrigen Narzissen verschieden, daß es begreiflich ist, wenn besondere Namen für sie geprägt wurden. Selbst einige Botaniker wollten ihr den Gattungsrang schon zuweisen.

Alban Voigt.

Eine Konferenz zur Erforschung der oberen Luftschichten. Vertreter der meteorologischen Institute der wichtigsten Kulturländer sind jetzt in London zusammengekommen, um über die besten Wege zur Erforschung der oberen Luftschichten zu beraten. Die Konferenz wird von dem Internationalen Meteorologischen Komitee veranstaltet, das auch alle sechs Jahre eine internationale meteorologische allgemeine Tagung veranstaltet. Bei dieser Zusammenkunft sind Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Rußland, Spanien, Holland, Norwegen, wahrscheinlich auch Italien und Schweden vertreten, und man will die besten Methoden erörtern, um das ganze Gebiet der Atmosphäre bis zu einer Höhe von 50- oder 60 000 Fuß für meteorologische Zwecke zu erforschen.

25 Millionen Jahre alte Fußspuren. 950 Fuß unterhalb des oberen Randes des großen Canyons von Colorado sind merkwürdige Fußspuren von Tieren entdeckt worden, und einzelne Gesteinsstücke, die solche Zeugnisse aus uralter Vorzeit enthielten, wurden nach dem Nationalmuseum in Washington gebracht. Es sind vorgeschichtliche Tiere, die hier ihre Spuren hinterließen, und man hat daraus ihre Länge von einigen Zoll bis zu 5 Fuß berechnet. Wie die „Umschau" berichtet, müssen die Spuren nach der Ansicht des Paläontologen Gilmore mindestens 25 Millionen Jahre alt sein.

SLUB
Wir führen Wissen.

Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Der Verband Sächsischer Industrieller trat am Sonnabend zu seiner diesjährigen aus allen Teilen Sachsens stark besuchten Hauptversammlung zusammen, die durch eine Ansprache des Vorsitzenden, Fabrikbesitzer Otto Morak-Zittau eröffnet wurde. In seinen Begrüßungsworten wies er darauf hin, daß es heute das erste Mal ist, daß eine Generalversammlung abgehalten würde, ohne daß schwere, außenpolitische Entscheidungen drohen oder uns getroffen haben, da gegenwärtig erfreulicherweise eine gewisse außenpolitische Entspannung eingetreten sei. Trotzdem liege das, was das Dawesgutachten uns an Lasten bringt, als ein schwerer Druck auf der Wirtschaft und die Zusammenfassung der organisatorischen Kräfte der sächsischen Industrie sei nach wie vor die ebenso notwendige wie dringliche Forderung des Tages.

Der Syndikus des Verbandes, Dr. Johannes März erstattete den

Geschäftsbericht.

Im einzelnen führte Dr. März unter anderem folgendes aus:

Das Wirtschaftsjahr 1924 bedeutete einen

Umschwung in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft

seit der Kriegszeit. Die Abwärtsbewegung, die nicht tiefer gehen konnte, als sie im Herbst 1923 gewesen war, ohne zu einer Auflösung des staatlichen Seins in Deutschland überhaupt zu führen, wurde aufgehalten, als es gelang, durch die Anspannung der letzten Reserven der Wirtschaft in der Rentenmark eine Zwischenlösung bis zur Einführung der neuen Währung zu schaffen. Diese Stabilisierung war eine zwar weise, aber für die Wirtschaft außerordentlich schmerzhafte Operation. Aus währungspolitischen Gründen sah sich die Reichsbank zu einem sehr scharfen Eingriff veranlaßt, der in Form einer starken Kreditrestriktion am 7. April erfolgte und zu der Kreditkrisis führte, die den ganzen Sommer 1924 hindurch angehalten hat und in großem Umfange zur Liquidation von Warenbeständen führte. Eine Deputation des Gesamtvorstandes sprach am 24. Juni 1924 bei dem Stellvertreter des Reichsbankpräsidenten Herrn v. Glasenapp vor, um die Lage und die besonderen Verhältnisse der sächsischen Industriewirtschaft darzulegen. Die Vorstellungen, die der Verband Sächsischer Industrieller einleitete, wendeten sich nicht nur an das Reichsbankdirektorium, sondern in mehreren Fällen gegen das Vorgehen einzelner Reichsbankanstalten.

In entscheidender Weise wurde die deutsche Wirtschaft durch die

Neuregelung der Reparationsfrage

in dem Bericht der Experten, dem sogenannten Dawesgutachten beeinflußt. Der Gesamtvorstand des Verbandes hat zu diesem Gutachten in einer Resolution vom 7. Mai 1924 auf Grund eines Referats des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Reichsverbandes, Geh. Rat Dr. Bücher, nach eingehender Debatte unter besonderer Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse Stellung genommen.

Die Kreditnot,

die das Kennzeichen des größten Teiles des Jahres 1924 bildet, hatte vielfach auch zu Anregungen geführt, daß der Verband Sächsischer Industrieller versuchen sollte, Auslandskredite in großem Umfange aufzunehmen und an die sächsische Industrie weiterzuleiten. Diese Frage ist vom Gesamtvorstand eingehend geprüft worden. Es mußte aber festgestellt werden, daß die Erlangung von Kollektivkrediten durch Wirtschaftsverbände im Auslande auf Schwierigkeiten stößt, die nicht zu überwinden sind.

Der Verband Sächsischer Industrieller nahm wiederholt Stellung zu den Arbeiten des Landtages auf steuerlichem Gebiete in Eingaben an den sächsischen Landtag, die u. a. betrafen: Die Notverordnung über die Gewerbesteuer; Mietzinssteuer; § 12 der Notverordnung zum Vollzuge der 3. Steuernotverordnung und des Finanzausgleichgesetzes vom 28. 3. 24; die Vorlage über den Entwurf eines Gesetzes über Ermäßigungen der Gewerbesteuer, Grundsteuer und Aufwertungssteuer. Erleichterungen für die Wirtschaft soll ein auch vom Verband Sächsischer Industrieller wiederholt gestelltes Ersuchen des Landtages an die Regierung bringen, das dahin geht, die übermäßig hohen Gerichtskosten und Notariatsgebühren den Friedenssätzen anzugleichen. Ferner ist der Landtag noch beschäftigt mit der Frage der Aufwertung der Ansprüche auf Grundschädenvergütungen, die vor dem 1. 12. 23 entstanden und noch nicht befriedigt sind.

Verkehrsfragen.

Hinsichtlich der Eisenbahn war sein Hauptbestreben darauf gerichtet, eine weitere Herabsetzung der immer noch zu hohen, die Preisbildung ungünstig beeinflussenden Güterfrachten zu erreichen und neben der generellen Herabsetzung der Frachten Ausnahmetarife für die Artikel zu erzielen, die sonst wegen zu hoher Frachten in ihrer Wettbewerbsfähigkeit besonders beeinträchtigt sind. Die Umgestaltung der Verwaltungsverhältnisse bei der Reichsbahn setzte diesen Bestrebungen des Verbandes mancherlei Schwierigkeiten entgegen, insbesondere dadurch, daß die Reichsbahnverwaltung mit als Reparationsfaktor in Erscheinung tritt und deshalb in mancher Beziehung anders rechnen muß wie vor dem Kriege. Der Verband war deshalb bemüht, den Einfluß der sächsischen Industrie auch in der neuen Form der Verwaltung zu sichern. Auch der Frage der Nebengebühren hat sich der Verband dauernd gewidmet. Er hat erreicht, daß der Zuschlag für bedeckte Wagen von 10 auf 5 Proz. herabgesetzt wurde und er hat sich bemüht, in der Frage der Lagerplatzmieten und Gleisanschlußgebühren den Wünschen der Industrie Geltung zu verschaffen und hinsichtlich der Frachtstundungsbedingungen günstigere Bedingungen für die Industrie herauszuholen. Ebenso galt sein Bestreben der Beseitigung von Schwierigkeiten bei der Abwicklung des Güterverkehrs.

Hinsichtlich der Post stand im Vordergrund des Interesses die Gebührenfrage. Der Verband hat in mehrfachen Eingaben sich mit Erfolg bemüht, die Gebühren wieder auf ein erträgliches Maß herabzusetzen.

Auch die Frage der

Rohstoffbeschaffung

hat den Verband beschäftigt, und er ist namentlich hinsichtlich der Bedingungen, die die verschiedenen Rohstoff-Kartelle aufgestellt haben, bemüht gewesen, in der Kartellstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie besondere Härten zu beseitigen und einen Ausgleich der Interessen herbeizuführen. Auch wegen des für die Industrie immer wichtiger werdenden Rohstoffes, der Elektrizität, hat sich der Verband dafür eingesetzt, daß eine Nachprüfung der hier vorliegenden Beschwerden vorgenommen und berechtigte Klagen beseitigt werden. Es ist zu diesem Zwecke eine paritätische Kommission gebildet worden, deren Arbeit hoffentlich dazu beitragen wird, eine Milderung der Bedingungen durchzuführen. Dasselbe gilt für die Lieferung von Gas. Des weiteren hat sich der Verband ausgesprochen gegen die sächsische Verordnung, durch welche die Aufstellung von Verbrennungsmaschinen an eine Genehmigung des Staates geknüpft wird.

Die Frage der

Vergebung von behördlichen Aufträgen

hat der Verband ebenfalls beschäftigt. Soweit die Beschaffung von Aufträgen für seine Mitgliedsfirmen in Frage kam, hat er auch im vergangenen Jahre hieran in der von ihm gemeinsam mit den sächsischen Handelskammern und dem Landeskulturrat, sowie mit den Handwerkervertretungen geschaffenen Landesauftragsstelle mit gearbeitet.

Hinsichtlich der

Versicherungsfragen

stand die von dem Verband mit begründete „Industrie"-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft den Mitgliedern des Verbands beratend zur Seite. Der Verband mußte namentlich gegenüber der sächsischen Landesbrandversicherungskammer zahlreiche Anträge vertreten, die sich auf unzählige Einzelfälle bezogen und darüber hinaus generell die Frage der Aufwertung der in der Inflationszeit entschädigten Schäden, sowie die Frage der für die Brandversicherungskammer wieder eingeführten Teuerungszuschläge betrafen.

Für die

Exportlage der sächsischen Industrie

waren im letzten Geschäftsjahre die Kreditverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung; hatte doch die inländische Industrie zeitweise ein Vielfaches an Zinsen gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz zu zahlen. Der Verband erachtete es daher als eine seiner vornehmsten Aufgaben, bis in die letzte Zeit eine Verbilligung in der Geldbeschaffung zu erreichen, und alle jene Lasten, die unsere Produktionskosten gegenüber dem Ausland nachteilig beeinflußten, zu reduzieren.

Es handelte sich bei den Bemühungen des Verbandes vor allem um die Abschlüsse mit folgenden Staaten: Spanien, Frankreich, England, Belgien, Italien, Kanada, Polen und Rußland und die Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz, Tschechoslowakei und Griechenland. Neben die Unterstützung amtlicher Kreise bei der Regelung der handelspolitischen Beziehungen trat im vergangenen Jahr in erhöhtem Maße eine starke Inanspruchnahme des Verbandes durch die Mitglieder bei dem Aufbau ihrer Exportbeziehungen, der Beilegung von geschäftlichen Differenzen mit ausländischen Lieferanten oder Kunden, der Einholung von Auskünften, der Beschaffung von Vertretern, und häufig auch die Einleitung von Inkassi der Exportforderungen.

Der auf der Industrie im vergangenen Jahre besonders schwer lastende

Steuerdruck

gab dem Verband Veranlassung, immer wieder darauf hinzudrängen, daß ein Abbau dieser Steuerbelastung notwendig ist, wenn nicht die Wirtschaft zusammenbrechen und als Steuerfaktor überhaupt ausscheiden soll. Er hat diesem Gedanken auch in einem offenen Brief an den Reichsfinanzminister Dr. Luther Ausdruck gegeben und bei jeder sich sonst bietenden Gelegenheit in diesem Sinne gewirkt.

Die sozialpolitische Entwicklung

im vergangenen Jahre hat ihre Grundlage in den Ermächtigungsverordnungen, die von der Reichsregierung im Herbst 1923 erlassen wurden. Wie schon im vorigen Geschäftsbericht hervorgehoben, bedeuteten die auf Grund der Ermächtigungsverordnung ergangenen Bestimmungen im Gebiete des Arbeitsrechts eine sehr bedeutsame Umkehr auf den in den letzten Jahren verfolgten Wegen. Besonders bekämpft von der Industrie wurden von jeher die Demobilmachungsverordnungen, die in dem Augenblick, wo sie erlassen wurden, vielleicht angebracht waren, deren dauernde Verlängerungen bald zu unerträglichsten Verhältnissen geführt hatten.

Auch an den Kämpfen um die Bemessung der Arbeitszeit war der Verband im Rahmen der Tarifnachrichten-Austauschstelle des Sozialpolitischen Ausschusses und im engsten Einvernehmen mit den Arbeitgeberverbänden beteiligt.

In der Erwerbslosenfürsorge und auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung mußte der Verband auch verschiedentlich vorstellig werden, namentlich auch hinsichtlich der Erhebung der hierfür notwendigen Gebühren. Ebenso mußte er sich mit der Frage der Kurzarbeiterunterstützung befassen.

Auch die Frage der Belastung der Industrie durch sozialpolitische Abgaben hat den Verband beschäftigt und er mußte hierbei feststellen, daß gegenüber einer Belastung von 8 % des Lohnes im Jahre 1913 eine Belastung auf 15–16 % des Lohnes im Jahre 1924 zu verzeichnen ist. Zahlreiche Klagen waren an den Verband gegen die Beiträge der Berufsgenossenschaften gekommen, wobei eingehende Nachprüfungen meistens zu befriedigenden Aufschlüssen führten. Ebenso hat der Verband dahin gewirkt, in den Ortskrankenkassen die Beiträge herabzusetzen.

In bezug auf die

zentrale Vertretung der industriellen Interessen

hat der Verband eine weitere Verstärkung des Einflusses der sächsischen Industrie in den führenden Gremien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie angestrebt und zum Teil auch bereits erreicht. Mit den zentralen Organisationen des Reiches hat der Verband in engster Fühlung gearbeitet.

Als Organ des Verbandes diente auch im abgelaufenen Berichtsjahr die im Jahre 1904 begründete Zeitschrift „Sächsische Industrie".

Die Ortsgruppen des Verbandes entfalteten im abgelaufenen Geschäftsjahr wiederum eine rege Tätigkeit und trugen zu ihrem Teile dazu bei, die Arbeiten des Verbandes in den Kreisen der sächsischen Industrie populär zu machen und die sachlichen Unterlagen, die für diese Arbeit notwendig sind, noch auf eine breitere Grundlage zu stellen. Erfreulicherweise ist die Mitgliederzahl des Verbandes gestiegen; denn den 277 Austritten, die meist durch Konkurs oder vorübergehende Stillegung sich ergaben, standen im Berichtsjahre 623 Beitritte gegenüber.

Der Vorsitzende dankte Dr. März für seine von der Versammlung mit großem Beifall entgegengenommenen außerordentlich interessanten Darlegungen.

Die allgemeine Versammlung.

An die nichtöffentliche Mitgliederversammlung schloß sich im großen Saal des Ausstellungspalastes die allgemeine öffentliche Versammlung an, der als Ehrengäste beiwohnten:

Wirtschaftsminister Müller, zugleich als Vertreter des Ministerpräsidenten Held, Volksbildungsminister Dr. Kaiser, Finanzminister Dr. Reinhold, Arbeitsminister Elsner, der Wehrkreiskommandeur General Müller, der stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichsrat Graf v. Hohenthurn, Präsident des Landesfinanzamtes Dresden Dr. Böttner, Präsident des Landesfinanzamtes Leipzig Dr. Hoch, Präsident der Oberpostdirektion Weigert, Präsident des Landtags Bünkert, Präsident der Brandversicherungskammer Dr. Lotze, Präsident der Staatspolizeiverwaltung Dr. de Guestero, Polizeipräsident Kühn, Präsident der Sächsischen Staatsbank Degenhardt, Präsident der Sächsischen Bank Geh. Rat Dr. Deimer, Reichsbahnvizepräsident Geheimrat Klinge, Kreishauptleute Buck (Dresden) und Richter (Bautzen), Rektor der Technischen Hochschule zu Dresden Professor Dr. Heidaschka, Vorsitzender der Dresdner Handelskammer Geh. Kommerzienrat Schleich, Vorsitzender der Dresdner Kaufmannschaft Kommerzienrat Generalkonsul Mittasch, Hofrat Dr. Schöne vom Landeskulturrat und viele andere. Die Stadt war vertreten durch zahlreiche Mitglieder beider Körperschaften mit Oberbürgermeister Bruder und Stadtverordnetenvorsteher Lohtmann an der Spitze. Zu den Anwesenden zählten weiter Reichs- und Staatsminister a. D. Dr. Heinze sowie Geh. Rat Dr. Vogel. Später erschien noch Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Der Vorsitzende Fabrikbesitzer Morak eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache, in der er einen Überblick über den Verlauf des letzten Vereinsjahres gab. Er führte u. a. aus:

Als wir im Jahre 1919 zusammentraten, war der Friedensvertrag von Versailles zustande gekommen, und wir waren mit unserem ganzen Volke in der Verwahrung gegen diesen Vertrag einig. Im Jahre 1920 tagte die Konferenz von Spa, deren Beschlüsse ganz im Geiste des Versailler Friedensdiktates die uns auferlegten Lasten noch verschärften. Im Jahre 1921 war das Londoner Ultimatum ergangen. Die Hauptversammlung des Jahres 1922 stand unter dem Eindruck der Konferenz von Genua. Im Jahre 1923 war die deutsche Wirtschaft aufs schwerste getroffen durch den völkerrechts- und vertragswidrigen Ruhreinbruch der Franzosen. Im vorigen Jahre endlich erwarteten wir den Bericht der ausländischen Experten, das sogenannte Dawesgutachten, jenes Dokument, das, nach Abschluß der Londoner Verhandlungen am 30. August 1924 von der deutschen Regierung angenommen wurde und nunmehr als das Ausführungsinstrument für die Forderungen des Friedensdiktates die deutsche Wirtschaftspolitik maßgebend beeinflußt, sie unter ein System Kontrolle stellt. Wenn in diesem Jahre kein derartiges außenpolitisches Ereignis, von dem wir einschneidende Wirkungen auf das deutsche Wirtschaftsleben zu erwarten haben, bevorsteht, so dürfen wir darin wohl den Fortschritt erkennen, den die Welt seit dem Jahre 1919 immerhin zurückgelegt hat und zugleich auch jene Periode der Bajonette und militärischer Gewaltmethoden in das Stadium wirtschaftlicher und kaufmännischer Erwägungen rückt. Wir übersehen dabei aber nicht, daß vollberechtigte Erwartungen, die sich für uns an die Annahme des Londoner Abkommens knüpften, noch heute unerfüllt sind. Das Ruhrgebiet, dessen unrechtmäßige Besetzung selbst ein so unverdächtiger Zeuge, wie die englische Regierung vor aller Welt amtlich bescheinigt hat, seufzt noch immer unter dem Tritt feindlicher Eindringlinge, die keinen anderen Rechtsgrund für sich haben als den der rohen Gewalt, und die Kölner Zone ist nicht geräumt, ohne daß man einen ernsthaften Grund dafür beizubringen auch nur versucht hat.

Aber daß es gelungen ist, die vorläufige Währungsstabilisierung der Rentenmark in die endgültige der neuen deutschen Reichsmark, ist ein Fortschritt, der uns die Möglichkeit bot, mit der wirtschaftlichen Aufräumung des Inflationsschuttes zu beginnen. Freilich, die weitragenden Hoffnungen, die vielfach an die Währungsstabilisierung für den Wiederaufbau der Wirtschaft geknüpft wurden, haben sich nach nicht erfüllt. Die Industrie hat, was an ihr lag, versucht, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden und das Rad der Produktion wieder in schnelleren Gang zu bringen, aber der Nutzeffekt auf dem Boden der stabilisierten Währung steht doch noch in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten großen Mühen. Wir sind noch unendlich weit davon entfernt, Produktionshöhe und Exportumfang des Jahres 1913 zu erreichen. Unsere Produktionsmittel sind noch immer bei weitem nicht ausgenützt, und die Steigerung der Produktion hat ein viel zu langsames Tempo für die Größe unserer Verpflichtungen. Was uns in dieser Richtung besonders stark hindert, sind auch heute noch, wie im vergangenen Jahre, Kreditnot und Kapitalknappheit.

Nicht weniger ernste Sorge verursacht uns die Erkenntnis, wie stark die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Auslandsmarkt gesunken ist. Täglich erhält der Verband Zuschriften von Mitgliedern, die darauf hinweisen, daß in den Ländern mit sonst guten Absatzmärkten der Absatz nicht wieder zu erobern ist, weil entweder mit der besser ausgerüsteten und mit reichlicheren Mitteln versehenen Auslandskonkurrenz ein erfolgreicher Wettbewerb nicht möglich ist, oder weil in der ganzen Welt die Industrialisierung Fortschritte gemacht hat, die nicht nur die früher für deutsche Artikel aufnahmefähigen Märkte versorgt, sondern auch auf allen anderen Märkten mit den deutschen Waren in Konkurrenz tritt.

Trotz größter Anstrengungen sind lohnende Exportaufträge häufig nicht zu erhalten. Meist bewegen sie sich am Rande der Selbstkosten und auch darunter, wenn es gilt, wertvolle Exportbeziehungen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Dabei stößt der deutsche Export fast überall auf das Bestreben der in Frage kommenden Absatzländer, die eigene Industrie durch hohe Zölle und andere Maßnahmen zu schützen. Prohibitivzölle machen oft den Export von Waren, die in der Vorkriegszeit gangbare Exportartikel gewesen sind, überhaupt unmöglich. Dazu kommt, daß sogar auf dem deutschen Inlandsmarkt der ausländische Wettbewerb sich in stärkster Weise fühlbar macht. Die Einfuhr von Fertigwaren, die wir selbst herstellen können, ist außerordentlich gestiegen. Neben der Beschränkung des deutschen Absatzes im Inland hat diese Fertigwarenindustrie in jener Passivität der Handelsbilanz geführt, die heute die schwerste Sorge der führenden Wirtschaftskreise bildet. Wenn der Einfuhrüberschuß in der Weise weiter steigt, wie er in den ersten Monaten des laufenden Jahres gestiegen ist, so muß man 1925 mit einer passiven Handelsbilanz von 6 Milliarden rechnen. Dabei erscheint schon die passive Handelsbilanz des Jahres 1924 mit 2,7 Milliarden als eine schwere Gefährdung unserer Wirtschaft. Mit allen Kräften muß man daher eine Neuordnung unserer Handelspolitik zu erstreben suchen, damit unserer Industrie, gestützt auf einen starken Innenmarkt, alle Wege für den Export geöffnet werden.

Für die Förderung des Exportes brauchen wir aber ferner eine Verbilligung der Produktion zwecks Herabsetzung der Preise. Nur dann könnte der Inlandsmarkt kaufkräftiger werden und besserer Wettbewerb im Auslande stattfinden. Nach unserer Ansicht fällt dem Staate hierbei eine führende Rolle zu, sowohl in seiner Zollpolitik und seinem Einfluß auf die Gestaltung der Eisenbahn- und Posttarife, wie endlich in der Beseitigung aller noch bestehenden gesetzmäßigen Hemmnisse und Schranken, soweit sie zu unproduktiven Belastungen der Betriebe führen und die Möglichkeit zweckmäßiger Ansetzung der Produktionsmittel im Interesse der Rentabilität des Betriebes verhindern.

Wir müssen uns immer bewußt sein, daß wir gegenwärtig in unseren Reparationsleistungen eine Atempause genießen. Unsere Leistungsziffer auf 1924/25 von 1 Milliarde M. haben wir zu rund 800 Mill. M. aus der Auslandsanleihe, wenn auch günstig genug, gedeckt. 1925/26 haben wir 1220 Mill. M. zu leisten. Das sind übrigens alles nur Mindestleistungen. Dabei haben wir eine passive Handelsbilanz.

Der Verband Sächsischer Industrieller wird, wie immer, bemüht sein, an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten und unermüdlich da zur Stelle zu sein, wo man seiner bedarf, wo er im Interesse der Industrie mit helfen muß. Der Verband Sächsischer Industrieller muß sich daher bemühen, den sächsischen Einfluß in Berlin einzuschalten und das Interesse aller derjenigen dafür zu gewinnen, die an diesem Werke mithelfen können.

Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, daß Sachsen das zweitgrößte Industriegebiet des Deutschen Reiches ist und daß die Intensität seiner Industrialisierung sogar stärker ist als die des nach der Arbeiterzahl größten Industriegebietes von Rheinland-Westfalen. Darum spüren wir auch hier in Sachsen besonders stark die industriellen Nöte, und das große Interesse, das Sachsen als altes Exportland an der Wiedergewinnung der Auslandsmärkte hat, läßt uns die mit dem Export zusammenhängenden Fragen mit besonderem Interesse beobachten.

Die Industrie ist gegenwärtig zwar zum Teil besser, zum Teil befriedigend beschäftigt, aber ohne ausreichende Rentabilität. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. März 1925 67 764 gegenüber 150 972 um die gleiche Zeit des Vorjahres. Eine Gegenüberstellung mit dem letzten Friedensjahr läßt erkennen, wie weit wir noch von einer Gesundung entfernt sind. Im Februar 1925 stellte sich die Arbeitslosigkeit der organisierten Arbeiter auf 7,3 % gegen 2,9 % im Monatsdurchschnitt 1913. Die Arbeitslosigkeit war also noch immer über doppelt so groß als im Frieden. Die Zahl der zu unterstützenden Erwerbslosen, der Kurzarbeiter, ist ebenfalls noch groß, wenn auch gegenüber der ungeheuren Ziffer des Vorjahres ein starker Rückgang eingetreten ist.

Daß wir bald zu normalen Verhältnissen zurückkommen, erscheint mir ausgeschlossen, denn man darf bei der Beurteilung dieser Frage nie vergessen, daß wir auf der ganzen Welt an einer industriellen Überproduktion bei gleichzeitiger Minderung der Konsumkraft von Millionen von Menschen leiden. Es kommt weiter hinzu, daß die Lasten aus dem Dawesplan nach Ablauf des ersten Karenzjahres beginnen werden und daß wir vorläufig einen Ausgleich der Lastenforderungen und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft noch nicht sehen. Schließlich wird das Schicksal der deutschen Wirtschaft von dem Gang der weltpolitischen Verhältnisse entscheidend bestimmt.

Was wir tun können, ist, unverdrossen zu arbeiten und in dieser Arbeit eine Pflicht gegenüber dem Volksganzen zu sehen. Was wir wünschen, ist ein Verständnis der breiten

stimmen die Gemeinden bereits früher beginnen. In den einzelnen Gemeinden wird die Auslegungszeit öffentlich bekanntgegeben werden. Wer in der Zeit der Auslegung der Stimmlisten für den ersten Wahlgang seine Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt oder wer seitdem als Auslandsdeutscher zugezogen oder aber infolge Erreichung des Wahlalters wahlberechtigt geworden ist, versäume es nicht, durch Einsichtnahme in die Stimmliste seines jetzigen Wohnbezirkes sich zu vergewissern, daß er eingetragen ist. Stimmberechtigte, die am Tage der Reichspräsidentenwahl von ihrem Wohnorte abwesend sind, können sich einen Stimmschein ausstellen lassen und damit in jeder beliebigen deutschen Gemeinde wählen. In den größeren Gemeinden können am letzten Tage vor dem Wahltage Stimmscheine nicht mehr ausgestellt werden, da die Stimmlisten spätestens an diesem Tage an die Abstimmungsvorsteher abgegeben werden müssen. Wer am Wahltage verreist ist, muß daher frühzeitig sich um die Erlangung des Stimmscheines bemühen.

Ein Angriff der „Temps" auf den Reichswehretat.

Berlin, 18. April.

Der „Temps" veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 15. April einen Bericht aus Berlin, der sich mit dem Deutschen Reichshaushalt beschäftigt. Der Kritiker erklärt den deutschen Haushaltsvoranschlag für gefälscht. Die Einnahmen seien absichtlich so niedrig angesetzt, um zur Täuschung der Demokratie und des Auslandes Fälschungen zugunsten der deutschen Rüstungen vornehmen zu können. Schon hieraus ist zu erkennen, von welchem Geiste die Ausführungen getragen sind. Der Verfasser bekämpft

die Höhe der Ausgaben für die Reichswehr.

Er und seine Gewährsmänner jonglieren mit den Zahlen nach Belieben. So werden für das Jahr 1925 die Ausgaben für die Schutzpolizei dem Heereshaushalt zugerechnet, für 1924 nicht, woraus sich dann natürlich eine erhebliche Steigerung der Ausgaben ergibt. Bei dem Vorkriegsetat, der zum Vergleich herangezogen wird, verrechnet man sich

um volle 400 Millionen,

indem man Bayern, Sachsen, Württemberg unterschlägt. Dann fabuliert der Artikel von zahlreichen Feldwebel- und Aspirantenschulen über den Bedarf. Das deutsche Heer hat keine einzige solcher Schulen. Das deutsche Heer soll fast nur aus Chargierten bestehen. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, rechnet man böswillig die Gefreiten und Obergefreiten zu den Unteroffizieren, obwohl jedermann bekannt ist, daß sie zu den Mannschaften gehören. Leute, die 12 Jahre dienen, müssen in ihren späteren Dienstjahren doch irgendwie von den Rekruten unterschieden werden.

Der Artikel führt dann an, daß die J. M. K. K. für sich sehr eindrucksvolle Ziffern über die

Zahlen der deutschen Offiziere im deutschen Heere

veröffentlicht habe. Diese Zahlen sind der J. M. K. K. seit 1921 bekannt. Seitdem hat sich an ihnen nichts geändert. Daß

die Durchschnittskosten für den einzelnen Soldaten in Deutschland größer sind

als vor dem Kriege, liegt — abgesehen von der Preissteigerung — an der Errichtung eines Heeres von langdienenden Freiwilligen und dem Verlassen des Grundsatzes der allgemeinen Dienstpflicht und daran, daß die J. M. K. K. nur einzelnen wenigen Firmen eine Monopolstellung für Anfertigung von Waffen und Geräten in Deutschland eingeräumt hat.

Der Reichskanzler und die Kandidatur Hindenburg.

Köln, 18. April.

Durch die sozialdemokratische Presse vom 18. April ist ein dem „Sozialdemokratischen Pressedienst" entnommener Aufsatz gegangen, der unter einer Überschrift und mit sonstigen Wendungen, die wohl nur aus der Hitze des Wahlkampfes zu erklären sind, den Reichskanzler zu einer Stellungnahme gegenüber der Präsidentschaftskandidatur Hindenburg auffordert. Reichskanzler Dr. Luther hat gegenüber den sachlichen und persönlichen Ausführungen dieses Aufsatzes die „Kölnische Zeitung" zu folgender Feststellung ermächtigt:

Die Wahl des Reichspräsidenten ist verfassungsmäßig eine Angelegenheit des Volkes und nicht der Reichsregierung.

Wer dem Reichskanzler zumutet, in den Kandidatenstreit um das Amt des Reichspräsidenten bestimmend einzugreifen, zieht damit die politische Mündigkeit des deutschen Volkes in Frage und sinnt dem Kanzler eine Haltung an, die seiner verfassungsmäßigen Stellung nicht entspricht. Umgekehrt ist ja der Präsident nach der Verfassung dazu berufen, im Falle eines Wechsels die Persönlichkeit des Reichskanzlers zu bestimmen. Zu beachten war auch, daß nach der tatsächlichen Gestaltung der Dinge die hinter der Reichsregierung stehenden Parteien (Deutschnationale Partei, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung und Bayerische Volkspartei) zur Kandidatenfrage keine einhellige Stellung einnehmen. Bei dieser Rechts- und Sachlage konnte höchstens aus allgemein politischen Gründen vom Reichskanzler erwartet werden, daß er im Wahlstreit derart vermittelnd wirkte, daß sich auf den künftigen Präsidenten ein möglichst großer Teil des Gesamtvolkes einigte, damit erbitternde und Reich und Volk schädigende Kämpfe möglichst beseitigt würden, und die Autorität des künftigen Reichspräsidenten gestärkt würde. Daß Reichskanzler Dr. Luther nach dieser Richtung hin

im ersten und zweiten Wahlgange mit der verfassungsmäßig gebotenen Zurückhaltung, aber doch in voller Klarheit Schritte getan hat,

ist der Öffentlichkeit bekannt. Daß diese Schritte nicht zu einem Erfolg geführt haben, lag nicht in der Hand des Reichskanzlers. Bei diesem Sachverhalt muß es der Reichskanzler durchaus zurückweisen, unter innen- oder außenpolitischen Gesichtspunkten

für die Wahlsituation, die jetzt entstanden ist, verfassungsmäßig oder auch nur politisch verantwortlich gemacht zu werden.

Was die persönliche Seite des Aufsatzes betrifft, so wird der Reichskanzler darin in besondere Beziehungen zur Deutschen Volkspartei und zu dem, wie es heißt, gouvernementalen Flügel der Deutschnationalen Volkspartei gebracht. Dr. Luther, der bekanntlich keiner politischen Partei angehört, lehnt es durchaus ab, in seiner Kanzlertätigkeit zu irgend einer der hinter der Regierung stehenden Parteien in nähere Beziehung gebracht zu werden als zu irgend einer anderen. Diese Einstellung des Kanzlers ist und bleibt eine Grundtatsache der gegenwärtigen Regierung.

Weiter stellt der Aufsatz über die

Entstehung der jetzigen Regierung

auf, die in dem Satz gipfeln, Dr. Luther habe Behauptungen „im Bunde mit der Deutschen Volkspartei die Große Koalition zerstört und Marx den Dolchstoß versetzt." Der wirkliche Tatbestand ist der, daß Dr. Luther, obwohl er seit dem Abschluß des Londoner Abkommens die Notwendigkeit einer Regierung, die sich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt, immer wieder betont hat,

gleichwohl seine ganze Kraft eingesetzt hat, um den Reichskanzler Marx im Amte zu erhalten.

Noch bei den Verhandlungen, die Dr. Luther am Tage des endgültigen Rücktritts des Reichskanzlers Marx in dessen Auftrage mit der Deutschen Volkspartei geführt hat, hat er darauf gedrängt, die Deutsche Volkspartei möchte, obwohl Reichskanzler Marx Vorsitzender der Zentrumspartei war, ein unter seiner Führung stehendes beamtenmäßig zusammengesetztes Kabinett als

neutrales Beamtenkabinett

anerkennen. Anders hat sich Dr. Luther als damaliger Reichsfinanzminister nur verhalten, als Reichskanzler Marx die Bildung eines Kabinetts erwog, das durch seine Zusammensetzung die ganze Schwäche eines Beamtenkabinetts aufzuweisen hätte, sich aber anderseits politisch deutlich nur auf die verhältnismäßig kleine Gruppe von Zentrum und Demokraten stützen sollte, in dem neben dem Kanzler Marx der Abg. Koch als Vizekanzler in Aussicht genommen war.

Demgegenüber hat Dr. Luther allerdings seiner pflichtmäßigen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß ein solches Kabinett, das weder den Vorzug wirklicher beamtenmäßiger Neutralität noch einen hinreichenden politischen Rückhalt gehabt hätte, viel zu schwach sei, um die ihm als Finanzminister betreffenden Fragen der inneren Auseinandersetzung im Volke, besonders die Steuerfragen, Finanzausgleichsfrage und Aufwertungsfrage, zu lösen.

Da somit ausschließlich sachliche Erwägungen bestanden haben, so steht die Redewendung von dem „Dolchstoß" im schroffsten Widerspruch zu den tatsächlichen Geschehnissen und muß mit Nachdruck zurückgewiesen werden.

Gegen das Tragen politischer Abzeichen im Wahllokal.

Berlin, 18. April.

Einer längeren Verordnung des preußischen Innenministers zur Vorbereitung des zweiten Präsidentschaftswahlganges ist zu entnehmen, daß in verschiedenen Abstimmungsbezirken die Abstimmungsvorsteher oder Beisitzer Abzeichen getragen haben, aus denen ihre politische Stellung zu ersehen war. Da der Abstimmungsvorstand bei seiner amtlichen Tätigkeit das Vertrauen der gesamten Bevölkerung genießen soll, und da dieses Vertrauen durch das Tragen solcher eine bestimmte politische Gesinnung kennzeichnenden Abzeichen bei politisch andersdenkenden Bevölkerungsteilen beeinträchtigt wird, so bezeichnet es der Minister als überaus unerwünscht, wenn zum Abstimmungsvorstand gehörige Personen bei Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit derartige Abzeichen tragen. Der Minister ersucht daher die nachgeordneten Behörden, darauf hinzuwirken, daß dies unterbleibt.

Reichsgerichtsurteil über die Kahr-Verordnung.

München, 18. April.

Das Reichsgericht verwarf, wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbureaus erfährt, die Revision der kommunistischen Landtagsabgeordneten Schlaffer, Göß und Bueche in München gegen ihre Verurteilung wegen verbotswidriger Fortführung der kommunistischen Partei während des bayerischen Ausnahmezustandes. Mit der Revision war die Rechtsgültigkeit der Maßnahmen, die Bayern auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffen hatte, insbesondere diejenige der sogenannten Kahr-Verordnung nach der formellen wie nach der materiellen Seite angefochten worden.

Die Ursachen des Massenunglückes auf der Zeche Minister Stein.

Dortmund, 19. April.

Das Oberbergamt in Dortmund teilt über das Ergebnis der Untersuchung der großen Explosion auf der Zeche Minister Stein am 11. Februar mit:

Der Herd der Explosion ist in einer Abbaustelle des Flözes oberhalb der ersten Sohle zu suchen. Ein dort gelegter schwacher Schuß entzündete ein Gemisch von Grubengas, das sich an der betreffenden Abbaustelle angesammelt hatte. Das Gemisch explodierte und diese Explosion wurde von dem vorhandenen feinen Kohlenstaub genährt und weitergetragen, sodaß sie sich über vier Flöze und drei Sohlen ausbreitete. Diese Explosion gibt dem Bergamt Veranlassung, als Mittel zur Verhütung von Grubenexplosionen und Unschädlichmachung des feinen Kohlenstaubs das sogenannte Gesteinstaubverfahren weiter und allgemein im Ruhrbergbau einzuführen.

Urteilsverkündung im Tscheka-Prozeß am Mittwoch.

Leipzig, 19. April.

Die Verhandlungen im Tscheka-Prozeß gingen am Sonnabend zu Ende. Die einzelnen Angeklagten kamen nochmals zu Wort. Dann erklärte der Vorsitzende, daß die Urteilsverkündung am 22. April, vormittags 10 Uhr, erfolgen wird.

Herriot Kandidat für die Präsidentschaft der Kammer.

Paris, 19. April.

Der frühere Ministerpräsident Herriot hat die ihm angebotene Kandidatur der Linken für die Präsidentschaft der Kammer angenommen, nachdem am Sonnabend mittag eine Delegation, zusammengesetzt aus Vertretern der sozialistischen, der radikalsozialistischen und republikanisch sozialistischen Fraktion erneut bei ihm vorstellig geworden war. Die Tatsache, daß die Gruppe der radikalen Linken sich dieser Gemeinschaft nicht anschloß, hat in den politischen Kreisen zu mannigfachen Kommentaren Anlaß ge-

---

einem der köstlichsten Prunkstücke aus der Schatzkiste Jean Paulschen Humors. M. A.

Richard Wagners „Walküre" mit Meta Seinemeyer als Sieglinde im Rahmen des Ringes zeigte abermals, wie erfreulich sich die Künstlerin in unserem Ensemble zu behaupten vermag. Neben einem Vogelstrom, einer Eva Plaschke-von der Osten und Friedrich Plaschke! — Was schon etwas bedeutet. Ihre Leistung stand natürlich wie immer am höchsten im Rein Gesanglichen. Die Stimme entwickelt in allen Lagen Fülle und Wärme und spricht allenthalben ohne jedes Forcieren des Tones an. In der Darstellung ist im allgemeinen das Pathetische des Wagnerstils, seine große Geste Meta Seinemeyer etwas wesensfremd. Hier wird sie sich erst noch einfühlen müssen. Wie ich schon früher betonte, ist ihr auch die besondere Einstellung der Stimme auf den deklamatorischen Gesang noch nicht so vertraut, daß sie in der Textaussprache immer verständlich bliebe. Aber es unterliegt kaum einem Zweifel, daß Meta Seinemeyer sich nach dieser Seite vervollkommnen wird, zumal sie von Vorbildern, wie den oben genannten drei Künstlern, umgeben ist. Fritz Vogelstroms geradezu erschöpfende Verkörperung der Gestalt des Siegmund steht nach wie vor ebenso außer Wettbewerb wie Eva Plaschke-von der Ostens hoheitsvolle Brünnhilde und Friedrich Plaschkes tosender Wotan. Leider mußte man Irma Tervanis Fricka entbehren. Für die erkrankte Künstlerin war Lotte Dörwald-Leipzig eingesprungen; übrigens eine sehr schätzbare Leistung bietend. In der kleinen Partie der Roßweiße [illegible] sie Lola Moskalenko-Ritter-Leipzig. Die bedauerlicherweise noch immer kranke Margarete Heyne-Franke wurde als Helmwige durch Margarete Siegert ersetzt. O. S.

Das Liebesband der Marchesa in der Staatsoper ging diesmal mit Josef Correck in der Rolle des Vicomte Filidoro in Szene. Der junge Sänger konnte natürlich an Robert Burg nicht heranreichen, der eine erstaunliche vis comica in der Charakterisierung dieser beabsichtigtermaßen burlesk gezeichneten Figur bekundete, eine vis comica die er schon als Falstaff so verblüffend offenbarte. Correck vermag eigentlich nur durch seine Maske und steife Haltung zu wirken. Angenehm fiel mir aber die sorgfältigere Textbehandlung auf, und auch der Sitz der Stimme scheint sich zu festigen. Die weitere Rollenbesetzung war die glänzend bewährte geblieben: Elisa Stünzner (Marchesa), Max Hirzel-Conte (Giacinto), Irma Tervani (Madame Floris) und Grete Merrem (Niniche). O. S.

Tanzabend. In Lore Jentsch von der Staatsoper lernte man eine erfreuliche und ursprüngliche Begabung kennen, und das nahm sofort für die Debütantin ein. Es wird alles darauf ankommen, die in ihr liegenden Kräfte voll zu entfalten. Dazu gehört, daß sie sich über die Richtung ihrer eigentlichen Anlage klar wird, was gestern nicht immer der Fall war. Ihre Art nähert sich stark der der unvergeßlichen Klotilde von Derp. Jungmädchenhafte Freude spiegelt all ihr Tanz, und so lagen ihr die ungarischen wie die russischen Tänze am besten. Weniger selbständig war, was sie nach der Seite des Grotesken oder nach der des Ausdruckstanzes in der „Vision" bot. Für das eine fehlt ihr die Schärfe der Zeichnung, für das andere die seelische Kraft. So läufig ist ihr Tanz Sinnenfreude, Freude am bewegten Körper; und wie da Lore Jentsch das räumliche Körpergefühl herausbringt, ist ausgezeichnet, wenn auch hie und da in weit ausholender Bewegung des Guten zuviel getan wird. Doch das wird sich von allein ändern; wertvoll bleibt der starke Temperamentausbruch immerhin. Anderseits überrascht, wie wenig sich die Herkunft vom Ballett bekundet. Die Wirkung der Tänze wurde durch eine Reihe wahrhaft geschmackvoll prächtiger Kostüme noch unterstützt; und am Flügel hatte sie in Rolf Schröder einen ausgezeichneten Begleiter. Die Aufnahme war von Anfang an auf sichtliche Herzlichkeit eingestellt. Es wird interessant sein, die verheißungsvollen Anfänge von Lore Jentsch auch weiterhin zu verfolgen. Bri

Museumsvortrag. Dr. Hans Posse, der Direktor der Staatlichen Gemäldegalerie, sprach gestern im Rahmen der Museumsvorträge über „Ziele und Ausbau der Gemäldegalerie in neuerer Zeit". Er wies einleitend auf die veränderten Anschauungen hin, nach denen heute ein Museumsbesitz geordnet wird. Die ältere Zeit bedeckte die Wände eines Museumraumes von oben bis unten mit Kunstwerken, sie tapezierte ihn sozusagen mit Bildern; die neuere Zeit hängt ganz locker, nach Möglichkeit einreihig, um so die Wirkung der Kunstwerke zu steigern. Lichtbilder des Rembrandtsaales unserer Galerie, und weiter des Kuppelsaales, einmal in der älteren und dann in der jetzigen Ordnung belegten die Ausführungen Dr. Posses als charaktervolle Beispiele. Den bedeutsamen künstlerischen Vorteilen der modernen Hängeform steht ein großer Nachteil gegenüber: sie führt zur Raumnot. Unter dieser Raumnot hat unsere Gemäldegalerie seit Jahrzehnten gelitten, gelitten seit der Zeit — noch unter Karl Woermanns Leitung —, seit welcher die ersten Versuche gemacht wurden, den Besitz unserer Galerie im Sinne der modernen Museumstechnik neu zu ordnen. Das ist — ich habe hierüber an dieser Stelle ausführlich berichtet — zunächst einmal damit erreicht worden, daß man den südöstlichen Erdgeschoßflügel des Semperbaues für die neuere Kunst freimachte und später zu den gleichen Zwecken die Filialgalerie in der Parkstraße einrichtete. Ist namentlich durch diese Filialgalerie — zu der bekanntlich das früher Kap-herrsche Palais bereitgestellt wurde — die ärgste Raumnot unserer Gemäldegalerie zunächst auch beseitigt worden, so muß doch nach wie vor an die Errichtung eines großen eigenen Gebäudes für die moderne Kunst gedacht werden, denn diese ist es, wie Direktor Dr. Posse mit Recht ausführte, die noch der Erweiterung bedarf. An Werken der älteren Malerei gebietet die Staatliche Gemäldegalerie über einen Reichtum des Besitzes, der nur von wenigen europäischen Galerien erreicht oder übertroffen wird; was hier noch hinzuzufügen übrig bliebe, das sind Werke, die zumeist unzugänglich sind, auf deren Erwerbung also schon aus rein äußerlichen Gründen verzichtet werden muß. Aber die moderne Abteilung unserer Galerie zeigt Lücken in der Entwicklungslinie der neueren Malerei, an deren Ausfüllung gedacht werden kann und auch schon, soweit dies bei den beschränkten Mitteln, über die die Galerieleitung gebietet, gedacht worden ist. Von den etwa 500 neueren Gemälden, welche die Staatliche Gemäldegalerie besitzt, sind rund 200 seit dem Jahre 1910 erworben worden. Über diese Erwerbungen, die bei Anton Graff und Caspar David Friedrich beginnen und über die Zeit des Impressionismus bis hinauf in unsere Tage, also bis zu Kokoschka und Nolde führen, verbreitete sich Direktor Dr. Posse in sehr fesselnden Charakteristiken unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder. ys

Hochschulnachrichten. Der Professor an der Universität Zürich Dr. Sigerist ist vom 1. Oktober 1925 ab zum ordentlichen Professor der Geschichte der Medizin in der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

* **Morgen, Dienstag,** ½8 Gewerbehaus, VIII. Künstler-Symphonie-Konzert, Leitung: Eduard Mörike, Beethovenabend.

Der Kunstwanderer. Im April-Doppelheft der von Adolph Donath herausgegebenen illustrierten Halbmonatsschrift „Der Kunstwanderer" (Berlin-Schöneberg) veröffentlicht Geheimrat Max J. Friedländer einen Aufsatz unter dem Titel „Der Sammler und seine Zukunft in Deutschland". Prof. Dr. W. Martin im Haag setzt seine Artikelreihe über „Russische Kunstschätze" fort, indem er zum erstenmal Interieurs aus den Petersburger Sammlungen im Bilde wiedergibt. Dr. Max Schefold beschäftigt sich mit dem „Ulmer Stadtbild", W. K. Zülch würdigt unter dem Titel „Ein moderner Goldschmied" das Schaffen von Karl Berthold. Prof. Dr. Bruno Schröder publiziert „Neue griechische Kunstwerke im Berliner Museum". Prof. Dr. Julius Baum schreibt über „Kunstwanderungen in der Schweiz" und Dr. Irene Kunze spricht über „Donatellos neuentdeckte Carnegie-Madonna".

geben. Man bringt sie in Verbindung mit der Weigerung Loucheurs, in das Kabinett Painlevé einzutreten. Da anderseits nicht weniger als drei Mitglieder der Gruppe dem neuen Ministerium angehören, kann die parlamentarische Unterstützung kaum als zweifelhaft gelten. Auch bei der Wahl des neuen Präsidenten der Kammer, die bereits für Mittwoch angesetzt ist, dürfte zum mindesten der größere Teil der Fraktion für Herriot eintreten. Als Gegenkandidat der Rechten wird wiederum der Abg. Raoul-Perret, der ehemalige Kammerpräsident des Nationalen Blocks, genannt; seine Aussichten, gewählt zu werden, sind gleich Null.

*

Kabinettsrat.

Paris, 19. April.

Gestern hat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Painlevé ein Kabinettsrat stattgefunden, der die Fragen in ihren großen Linien geprüft hat, die den Gegenstand der Regierungserklärung bilden werden.

Nach Schluß des Ministerrats hat sich der politische Ausschuß der Sozialistischen Partei zu dem Ministerpräsidenten Painlevé begeben, um ihm die Wünsche der parlamentarischen Gruppe hinsichtlich des Inhalts der ministeriellen Erklärung bekanntzugeben. Der Unterredung wohnte auch der Ackerbauminister Durant bei. Die Unterredung hat, wie die Delegierten der sozialistischen Fraktion mitteilen, einen befriedigenden Verlauf genommen. Wir haben, so erklärten sie, eine Verständigungsbasis gesucht und gefunden. Wir sind einig darüber, daß die ministerielle Erklärung von den gleichen Ideen beherrscht sein soll, die schon das frühere Ministerium geleitet haben, und zwar derart, daß wir genau wie bei dem Kabinett Herriot die Unterstützungspolitik fortsetzen können.

Nach Beendigung des heutigen Ministerrats erklärte Finanzminister Caillaux, daß die Finanzpläne eingehend studiert werden müßten. Man dürfe von ihnen weder außergewöhnliche Maßnahmen, noch außergewöhnliche Lösungen erwarten. Die Regierungserklärung werde in finanzieller Hinsicht keine Neuerungen enthalten. Er müsse sich darauf beschränken, positive und unmittelbare Lösungen ins Auge zu fassen, die jedoch nicht als endgültige Lösungen betrachtet werden dürften.

Beneschs Reise nach Warschau.

Prag, 19. April.

Das Tschechoslowakische Pressebureau meldet: Minister Benesch reiste gestern nach Warschau ab, um die vereinbarten Verträge zu unterzeichnen. Es handelt sich um den Handels- und Transitvertrag sowie um das Schiedsgerichtsabkommen, und es soll auch alles, was noch die Liquidierung der Teschener Angelegenheit betrifft, zu Ende geführt werden. Dies bedeutet eine neue Aera in den tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen und einen weiteren Schritt auf dem Wege der tschechoslowakischen Konsolidierungspolitik, die auch auf die internationalen Verhältnisse Mitteleuropas ihre Wirkung ausüben wird. Minister Dr. Benesch wird sich in Warschau drei Tage aufhalten und am Montag nach Prag zurückkehren.

Warschau, 20. April.

Zu der bevorstehenden Ankunft des tschechoslowakischen Außenministers Benesch schreibt der „Kurjer Polinski“, während es den Anschein habe, daß der Plan des Garantiepaktes der Westmächte mit Hinzuziehung Deutschlands vor allem für Polen Gefahren in sich berge, werde in den Kundgebungen der öffentlichen Meinung Deutschlands, wie z. B. in der Kandidatenrede von Marx, mehr die Frage des Anschlusses in den Vordergrund gedrückt. Die Politik, aus der der Gedanke des Garantiepaktes hervorging, wurde von einer großen österreichischen Zeitung mit Recht als eine Politik des Hintergedankens genannt. Sie wende sich zum mindesten in gleichem Maße gegen die Tschechoslowakei wie gegen Polen. Professor Stronsky schreibt in der „Warszawianka“, Benesch führe nach Warschau, um das wirtschaftliche und politische Zusammenleben im Rahmen von Verträgen festzulegen. Seine Reise sei ein Zeichen dafür, daß die Notwendigkeit des Zusammenlebens beider Nationen zur Reife gekommen sei. Zur Bruderschaft des Blutes und der Sprache geselle sich noch die Gemeinsamkeit der von der Westseite her drohenden geschichtlichen Gefahr. Eine wesentliche Abweichung verficht der sozialdemokratische „Robotnik“, der auf die Stimmen hinweist, die dem Besuche Beneschs weitergehende Ziele, als die Unterzeichnung des Handelsvertrages und eines Schiedsgerichtsabkommens, unterstellen. Man müsse sich vergegenwärtigen, schreibt das Blatt,

daß die staatlichen Belange Polens und der Tschechoslowakei auseinandergehen und daß es zwischen beiden Staaten fast keine Berührungspunkte gebe. Der Abschluß eines derartigen Bündnisvertrages oder der Beitritt zur Kleinen Entente würde die guten polnisch-ungarischen Beziehungen verderben. Weiter befürchteten die Tschechen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland. Polen habe indes keine Ursache, das Bestreben der Vereinigung Oesterreichs und Deutschlands zu bekämpfen. Im Hinblick auf Rußland schreibt das Blatt, ebenso wie die Deutschen von der Wegnahme des Danziger Korridors träumten, ebenso hingen die Tschechen dem Gedanken der Schaffung eines ostgalizischen Korridors nach, um die unmittelbare Grenze mit Rußland zu erhalten. Die Tschechen würden weder gegen Rußland noch gegen Deutschland militärische Verbündete Polens sein können, da fast ein Viertel der Bevölkerung der Tschechoslowakei Deutsche seien.

Ein militärischer Aufstand in Portugal.

Paris, 19. April.

Aus Lissabon wird berichtet: Am 17. April sei dort der Versuch eines militärischen Aufstandes unternommen worden. Major Camarra habe mit Unterstützung von mehreren hundert Kameraden eine Art Direktorium errichtet und mehrere Beamte festnehmen lassen. Der Präsident der Republik und die Mitglieder der Regierung hätten sich in eine Kaserne geflüchtet, um von dort aus Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen. Kurze Zeit darauf hätten regierungstreue Truppen das Viertel umzingelt, in dem sich die Revolutionäre befanden. An mehreren Punkten der Stadt sei es zu Zusammenstößen gekommen. Es seien Bomben geworfen und mehrere Personen getötet worden. Anscheinend sei die Regierung Herr der Lage.

Sächsische Staatstheater. Opernhaus, Mittwoch, am 22. April (außer Anrecht), „Götterdämmerung“ mit Fritz Vogelstrom, Friedrich Plaschke, Adolph Schöpflin, Rudolf Schmalnauer, Eva Plaschke-v. der Osten, Elisa Stünzner, Irma Tervani, Liesel v. Schuch, Erna Fiebiger-Peisker, Elfriede Haberkorn, Helene Jung, Maria Rößler-Keuschnig. Musikalische Leitung: Hermann Kutzschbach. Spielleitung: Georg Toller. Anfang 5 Uhr.

Zu den Aufführungen des Requiem von Verdi am Donnerstag, den 23. April (Voraufführung) und am Freitag, 24. April (6. Symphoniekonzert, Reihe B), beide Abende Anfang ½8 Uhr, wird nochmals darauf hingewiesen, daß das Soloquartett von Berta Kiurina (von der Wiener Staatsoper), Helene Jung, Tino Pattiera und Friedrich Plaschke gesungen wird. Zu der Voraufführung am Donnerstag haben die Generalproben-Anrechtskarten Gültigkeit. — Der Vorverkauf für diese Voraufführung, der im Invalidendank und im Verkehrsverein bereits am Sonntag, an der Opernhauskasse heute begonnen hat, findet weiterhin täglich statt, an der Opernhauskasse während der üblichen Vormittagskassenstunden.

Neues Theater. Heute, Montag, den 20. April, gelangt zur Aufführung „Das Lächeln der Frau Staatsanwalt“. Anfang ½8 Uhr. Ende ½10 Uhr. Volksbühne: Montag Nr. 4091 bis 4890. — Dienstag, den 21. April, wird die Komödie von Lissauer „Brautkrieg“ gespielt. Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Volksbühne: Dienstag Nr. 4891 bis 5690. — Mittwoch, den 22. April, geschlossene Vorstellung.

„Cesarios Wiedergeburt“ ist der Titel eines musikalischen Lustspiels in drei Akten von Hans Teßmer (nach einer venezianischen Novelle von Karl Gjellerup), an dessen Vertonung der in Dresden lebende Komponist Theodor Blumer arbeitet.

Bühnenvolksbund. Zu der am Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. April, im Neustädter Schauspielhause stattfindenden Aufführung des Lustspiels „Fröhliches Hochzeit“ wird der Bühnenvolksbund zu Pflichtvorstellungen nicht aufrufen, jedoch stehen den Mitgliedern Eintrittskarten gegen Vorlegung der Mitgliedskarte zur Verfügung. — Ferner teilt die Geschäftsleitung mit, daß sie den allbeliebten und zu Ostern mit großem Erfolge aufgetretenen Vortragskünstler Herrn Sepp Summer zu einem weiteren Vortragsabend am Dienstag, den 12. Mai d. J., verpflichtet hat. Nähere Bekanntmachungen erfolgen noch in den Tageszeitungen.

Die „Opernschule Petrenz“ bringt Dienstag eine Aufführung der Oper „Cosi fan tutte“ (So machen's alle Mädchen) von Mozart, und zwar im Volkswohltheater. Beginn ½8 Uhr.

Wettertelegramme
vom 20. April 1925, 8 Uhr morgens.

Dresden: Höhe 110 m. Min.: 6. Max.: 16. Niederschlag: 2,3. Temperatur: 7. Schnee: —. Wind: NNO 2. Wetterzustand: Bedeckt.

Wahnsdorf: Höhe 246 m. Min.: 4. Max.: 14. Niederschlag: 1,3. Temperatur: 5. Schnee: —. Wind: N 4. Wetterzustand: Wolkig.

Abschluß der Vernehmung Barmats vor dem Reichstagsausschuß.

Berlin, 18. April.

Die Vernehmung Julius Barmats durch den Untersuchungsausschuß des Reichstages wurde heute im großen Schwurgerichtssaal in Berlin-Moabit fortgesetzt. Einen breiten Raum nahm dabei das schon mehrfach erwähnte

Milchgeschäft

ein, wobei die verschiedene Größe der Dosen eine Rolle spielt. Die Aussagen Barmats stehen in schroffem Gegensatz zu den Behauptungen des Zeugen Rommel, der damals Vertreter der Reichsfettstelle in Holland war. Barmat erklärt, daß, als damals über den Inhalt der Dosen eine Differenz ausbrach, schließlich eine Einigung dahin erfolgt sei, daß die Berliner Reichsstelle entscheiden solle. Aus den Akten ist nicht festzustellen, welcher Beamte der Reichsfettstelle den Vertrag abgeschlossen hat. Barmat selbst versichert, bei dem Vertragsabschluß selbst nicht persönlich beteiligt gewesen zu sein. Auf eine Frage des Abgeordneten Rosenberg (Komm.) erklärt Barmat, daß er bei seinen Lieferfirmen die größeren Dosen bestellt und auch bezahlt habe. Wenn man ihm die Verträge, die noch bei den Akten sind, aushändige, könnte er das sofort nachweisen. Diese Originalverträge mit Barmats Lieferfirmen hätten seinerzeit dem Reichsernährungsminister Hermes vorgelegen.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Hat dieses Milchgeschäft in der Voruntersuchung gegen Sie eine Rolle gespielt? Barmat: Das weiß ich nicht. Das Verfahren wird in so geheimnisvoller Weise geführt, daß ich überhaupt nicht weiß, wessen man mich anklagt. Erst am 14. April ist mir zum erstenmale Einblick in die Akten gestattet worden. **Mir ist das Milchgeschäft bisher vom Untersuchungsrichter nicht vorgehalten worden.** Aber Staatsanwalt Kußmann hat zu meinem Verteidiger geäußert: „Und dann hat er noch die Geschichte mit den 16- und 14-Unzendosen gemacht.“

Abg. Dr. Spahn: Weshalb wird denn jetzt die Untersuchung gegen Sie geführt? Barmat: Die Sache fing damit an, daß wir mit Kutisker gemeinsame Schiebungen gemacht haben sollten. Sehr bald wurde diese Anklage fallen gelassen. Ich wurde beschuldigt, Kreditbetrug und Beamtenbestechung betrieben zu haben. Dann wurde festgestellt, daß dieser dringende Verdacht nicht mehr bestehe. Aber ein Verdacht bestehe noch bezüglich des Ministers Höfle.

Genau weiß ich noch immer nicht, was mir vorgeworfen wird.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärt Barmat, daß sich die angesehenen großen holländischen Dosenfabriken niemals auf solche Manipulationen eingelassen haben würden, wie sie der Zeuge Rommel Barmat unterstellt.“

Zeuge Rommel wiederholt dann seine Auffassungen über die damals ausgestellten Lieferscheine. Barmat stellt Rommels Darstellung als durchaus irrig hin. Es habe sich um Dispositionsscheine gehandelt, die von der Reichsfettstelle entworfen worden waren. Der Zeuge Rommel muß bestätigen, daß die Darstellung Barmats richtig ist.

Abg. Aufhäuser (Soz.): Der Kernpunkt der ganzen Frage ist, ob tatsächlich bei den Geschäften

Barmat dem Reiche Kredit gegeben hat, oder das Reich Barmat.

Herr Rommel hat bestimmt behauptet, daß Barmat eigentlich seine Ware mit dem Kredit des Reiches eingekauft habe, indem er nämlich noch vor der Lieferung die Depotscheine des Reiches diskontierte und damit die Ware einkaufte. Auf welche Tatsachen stützt sich diese Behauptung?

Rommel: Ich habe aus zahlreichen Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß Barmat mit der Inkasso-Bank ein Abkommen hat, wonach diese ihm für die Dispositions- oder Depotscheine Gulden zur Verfügung stellte. Diesen Eindruck mußte ich gewinnen, weil Barmat bei meinem Protest sagte, dieser Fall habe ihm unnötige Schwierigkeiten bei der Inkasso-Bank gemacht.

Abg. Aufhäuser: Es kann sich bei dieser Frage nicht um Eindrücke handeln, sondern Sie haben bei der ersten Vernehmung ganz konkret gesagt, daß Barmat durch die Diskontierung der Depotscheine das Geld für seine Wareneinkäufe bekam. Sie müssen doch dafür Tatsachen angeben können.

Rommel: Es ist ja immer ein großer Unterschied zwischen bestem Wissen und Beweisenkönnen.

Vors. Saenger: Sie können nur etwas sagen, was Ihrer Überzeugung entspricht. Es kommt aber immer darauf an, ob Sie etwas von anderen hören, oder ob Sie selbst etwas erlebt haben. In diesem Falle wäre es für den Ausschuß entscheidend, ob Sie persönlich einmal einen solchen Fall der Diskontierung erlebt haben.

Rommel: Das ist gänzlich ausgeschlossen. — Vors.: Was wissen Sie von anderen darüber? Rommel: Auch nichts. Das ist ein Eindruck, den ich aus den verschiedenen Umständen gehabt habe. Abg. Aufhäuser: Es ist aber als Tatsache angeben worden, daß Barmat diese Dispositionsscheine tatsächlich diskontiert hat. Rommel: Das ist eine Überzeugung, die ich gehabt habe, für die ich aber

keinen tatsächlichen Beweis

erbringen kann.

Barmat erklärt, es sei ganz ausgeschlossen, daß er diese Dispositionsscheine hätte sofort diskontieren können. Kein Holländer oder Amerikaner hätte in jener Zeit Guldenkredite gegeben für Depotscheine auf Mark, die erst in sechs Monaten fällig waren. Barmat stellt anheim, den Direktor der Inkasso-Bank zu laden, der gern bekunden werde, daß nicht einmal Verhandlungen in ähnlichem Sinne geschwebt hätten.

Auf die Frage des Vorsitzenden: Haben Ihnen Ihre politischen Beziehungen irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile bei Ihren Geschäften geboten? erklärt Barmat: Nein, ich habe sogar

die größten Schwierigkeiten

gehabt. — Schließlich bekundet Barmat noch, daß er bis 1915 auch nach England und Australien Geschäfte gemacht habe, daß er dann aber auf die englische schwarze Liste gekommen sei wegen seiner Lebensmittellieferungen nach Deutschland. Das Empfehlungsschreiben, das Herr v. Maltzahn im Jahre 1921 für Barmat aufgestellt habe, hätte etwa folgenden Wortlaut gehabt: „Ich empfehle eine Geschäftsführung mit Herrn Julius Barmat, der mir als

großzügiger reeller Kaufmann

bekannt ist.“

Damit war die Vernehmung Barmats vorläufig abgeschlossen. Der Untersuchungsausschuß wird seine nächste Sitzung voraussichtlich erst in drei Wochen abhalten.

*

Berlin, 18. April.

Der in der Barmat-Angelegenheit verhaftete Oberfinanzrat Hellwig ist heute gegen Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen worden.

Der Bombenanschlag in Sofia.

Sofia, 19. April.

Die Zahl der Todesopfer der Bombenexplosion in der Kathedrale hat sich auf 180 erhöht. Unter den Getöteten befindet sich auch General Slatareff, der bekannte Kommandierende der mazedonischen Freiwilligen an der Belasitza Planina.

Die Regierung hat eine Kundgebung an das Volk gerichtet, in der sie ihren unerschütterlichen Willen kundgibt, das Werk der Rettung Bulgariens von den umstürzlerischen Elementen des Kommunismus fortzusetzen. Jedermann müsse sich von der Überzeugung leiten lassen, daß die Gefahren, die in den letzten Jahren Bulgarien und die ganze Welt heimgesucht hätten, durch gemeinsame Anstrengungen beseitigt werden könnten.

Der bulgarische Ministerpräsident erklärte in einem Interview, daß der Angriff gegen den König, die Ermordung des Generals Georgieff und das Attentat in der Kathedrale einen gemeinsamen Ursprung hätten und das Vorhaben ihrer Urheber enthüllten, die danach trachteten, jede Autorität im Lande zu untergraben. Die Attentäter hätten ihr Ziel nicht erreicht. Die Folge ihres vergeblichen Versuches wäre aber die Niedermetzelung unschuldiger Opfer, Frauen und Kinder, gewesen, wodurch sie den Fluch des ganzen Volkes auf sich gezogen habe. Jedoch werde sich die Regierung nicht aus der Fassung bringen lassen. Sie werde die ernstesten Maßnahmen ergreifen, und zuerst den Belagerungszustand verkünden. Überall herrsche Ruhe. Zahlreiche Telegramme aus dem ganzen Lande und Kundgebungen der ausländischen Vertreter bringen ein beredtes Zeugnis davon, daß das Werk der Staatserhaltung in Bulgarien allgemein Anerkennung finde.

Die Agentur Avala meldet: Die Einfahrtsstraßen und sonstigen Ausgänge der Stadt werden durch Truppen der Miliz bewacht. Die Streifen halten alle Vorübergehenden an und verlangen Ausweise. Der Verkehr darf nur zwischen 5 Uhr früh und 8 Uhr nachmittags stattfinden. Die Amtsgebäude und die Wohnungen der Minister werden von der Polizei bewacht. Die in der Provinz stehenden Truppenteile werden nach der Hauptstadt zusammengezogen, während die Sofioter Garnison an die Westgrenze geht, angeblich um das Überschreiten dieser Grenze durch die in Jugoslawien befindlichen Emigranten zu verhindern. Der Glöckner der Kathedrale, Sveti Kralj, ist unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftet worden.

Vandervelde stößt auf Schwierigkeiten.

Brüssel, 19. April.

Die katholischen Gruppen des Parlaments lehnten die Vorschläge, die der mit der Regierungsbildung betraute Sozialistenführer Vandervelde einigen ihrer Mitglieder gemacht hatte, ab und behielten sich jede weitere Entscheidung anderen Kombinationen gegenüber vor.

Aenderung der Beamtenbesoldung.

Durch Reichsgesetz vom 15. April 1925 wird verordnet: Vom 1. April 1925 ab werden den Beamten usw. auf weiteres 95 v. H. des Wohnungsgeldzuschusses gezahlt. Die für den Monat April nachzuzahlenden Beträge werden mit den für den Monat Mai zustehenden Bezügen ausgezahlt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Prag, 19. April.

Gestern wurde das provisorische Handelsabkommen zwischen der tschechoslowakischen Republik und dem Königreich Dänemark unterfertigt, durch den das bisherige Abkommen auf so lange verlängert wird, bis ein definitiver Vertrag abgeschlossen sein wird. Die Grundlage des Abkommens ist die Vorzugsbehandlung für die Waren der beiden Länder. Beiden Parteien steht das Recht zu, dieses Abkommen mit dreimonatiger Frist zu kündigen.

Warschau, 19. April.

Der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen den Vorsitzenden der deutschen Vereinigung im polnischen Landtage und Senat, Landgerichtsdirektor Neumann und seine Gattin, der nach dem Willen der volksfeindlichen Kreise Polens diesen angesehenen Führer des Deutschtums in Polen politisch erledigen sollte, endete gestern 11 Uhr abends nach 14stündiger erregter Verhandlung mit der Freisprechung der Angeklagten. Der Vorwurf der Anklage, daß Urkundenfälschung begangen worden sei, um die polnische Staatsangehörigkeit zu erhalten und hierdurch den Landbesitz vor der Liquidation zu schützen, wurde vollständig widerlegt. Der Staatsanwalt hatte nach einer politischen Rede gegen Neumann ein Jahr und gegen seine Gattin acht Monate Gefängnis beantragt.

Memel, 19. April.

In der Freitagnacht wurde laut „Dampfboot“ auf der Chaussee nach Crottingen kurz vor Memel ein Auto, in dem sich der Direktor der Memel-Litauischen Wirtschaftsbank, Koncius, seine Frau und eine zu Besuch weilende Dame befanden, von zwei Beamten der litauischen Staatspolizei, die auf ein Spritschmuggelauto fahndeten, beschossen. Durch die Schüsse wurde der Chauffeur getötet und Frau Koncius so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit verstarb. Eine Untersuchung des Vorfalles ist eingeleitet worden.

Kairo, 20. April.

Das Schwurgericht hat 37 an den Unruhen in Mahalla während der letzten Wochen beteiligte Personen zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis drei Jahren verurteilt.

Herausgegeben von der Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung, Gr. Zwingerstr. 16. — Druck von B. G. Teubner. — Hierzu eine Beilage.

SLUB
Wir führen Wissen.